



Demokratie unter Druck

Steuerverwaltung mit Schlüsselrolle für Resilienz des Staates

Es geht abwärts. Die Wirtschaft schwächelt, der Klimawandel schlägt zunehmend durch, es droht ein großer Krieg in Europa. Die guten Zeiten sind vorbei. Die Demokratie hat fertig. Zeit, sich nach politischen Alternativen umzusehen, damit alles wieder so wird wie früher. Wo es immer nur bergauf gegangen ist. Wo keine Migranten unseren Wohlstand aufgefressen haben. Wo man in die Luft blasen durfte, was man wollte. Wo uns die Armee zuverlässig vor allen Gefahren geschützt hat ...

So oder so ähnlich hört es sich

an, wenn man sich von braven Menschen erklären lässt, warum sie plötzlich AfD wählen. Rechtsradikal? Ach was, das wird doch alles nicht so heiß gegessen, wie es gekocht wird. So? Gerade wir in Deutschland sollten es eigentlich besser wissen. Als man während der Nazi-Diktatur erkannt hat, welches Gesamtpaket man bestellt, und eben auch eins zu eins bekommen hat, war es bekanntlich zu spät. Millionen Tote und ein materiell und moralisch völlig zerstörtes Vaterland waren die Folge. Auch damals hat man die Augen verschlossen vor dem, was man nicht sehen wollte.

Wiederholt sich Geschichte?

Die Demokratie hat 80 Jahre lang den Wohlstand, der jetzt als gefährdet erscheint, erst ermöglicht. Und ganz einfache Zeiten waren das auch nicht, im Gegenteil. Die Demokratie hat bewiesen, dass sie auch Krisen meistern kann. Aber so ist das mit Emotionen, man kommt ihnen rational nicht bei. Wiederholt sich also die Geschichte? Das liegt auch entscheidend an der Staatsverwaltung. Die unverhohlene Sympathie für die NSDAP in Teilen der im Kaiserreich sozialisierten Beschäftigten hat ihr

Fortsetzung nächste Seite

Landesarbeitstagung
Zukunft gestalten mit Haltung,
Sachverstand und
klaren Botschaften

Seite 6

Strukturreform
Zielstruktur in Mittelfranken
steht fest

Seite 8



damals den Weg bereitet und sie ab 1933 bei der Umsetzung ihres radikalen Programms loyal unterstützt. Das war unverzichtbar. Besonders unverzichtbar ist für jedes Regime dabei die Loyalität der Steuerverwaltung. Denn ohne Moos nix los!

Steuerverwaltung hat Vertrauen eingebüßt

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die Bürgerinnen und Bürger von ihrem Staat unabhängig von der Staatsform erwarten, Sicherheit und Gerechtigkeit zu garantieren. Umfragen belegen den Eindruck in der Bevölkerung, dass die Verwaltung aktuell mit ihren Aufgaben heillos überfordert ist. Das untergräbt die Akzeptanz in das Gemeinwesen massiv. Alternative Ansätze bekommen Auftrieb. Der starke Mann, der aufräumt, wird zunehmend attraktiv. Und es ist eben nicht nur eine Fehlwahrnehmung, die man kommunikativ in den Griff bekommen kann. Dass Gesetze ungeahndet übertreten werden können, dass Brücken einstürzen, dass Betriebe nur noch alle paar Jahrzehnte geprüft, zu viele Steuersünder nicht verfolgt werden, weil es überall an Personal fehlt, ist ja leider nicht zu bestreiten. Für die Steuerverwaltung haben insbesondere die Arbeiten zur Grundsteuerreform das Missverhältnis zwischen gesetzlichem Anspruch und personellen Ressourcen für weite Kreise der Bevölkerung offenkundig werden lassen. Weil man den Bürgerinnen und Bürgern einen „schlanken Staat“



verspricht, der aber alles richten soll. So funktioniert das nicht! Man muss sich ehrlich machen! Das ist für eine Demokratie noch viel wichtiger, als für autokratische Systeme. Aufgaben und Ressourcen müssen im Einklang stehen. Das tun sie im Moment ganz und gar nicht. Allein in der bayerischen Steuerverwaltung fehlen für die übertragenen Aufgaben viele tausend Planstellen. Bekommt man das Personal nicht, muss man die Aufgaben reduzieren und das ganz offen kommunizieren! An diesem Punkt die Demokratie zu stärken ist dringliche Aufgabe der Politik.

Loyal zum Grundgesetz

Daneben muss sich die Steuerverwaltung intern wappnen. In der Bundesrepublik Deutschland leisten alle Beschäftigten der Staatsverwaltung einen Eid auf das Grundgesetz und

damit auch auf Artikel 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Dieser Grundsatz bezieht sich auf alle. Nicht nur auf Deutsche. Es gilt für den politischen Gegner genauso wie für verurteilte Verbrecher. Für Frauen und Männer und Diverse. Es ist der zentrale Gedanke, die Grundlage unserer Gesellschaft. Wer die allumfassende Menschenwürde in Frage stellt und Ausnahmen das Wort redet, egal um wen es geht, stellt sich gegen die Verfassung und damit gegen diese Bundesrepublik Deutschland. Falls die Mehrheitsverhältnisse in den Parlamenten künftig Parteien Einfluss gewähren, die das Grundgesetz eher als Hindernis, denn als Basis ihres politischen Handelns betrachten, ist deshalb Haltung gefordert. Damit die Steuerverwaltung nicht erneut zum Handlanger einer menschenverachtenden Politik werden kann.

INHALT

- S. 4** Bericht aus dem HPR
- S. 5** Gespräch mit MdL Alfred Grob
- S. 6** Landesarbeitstagung Nordbayern
- S. 8** Strukturreform
- S. 10** Parlamentarischer Abend mit der SPD-Fraktion
- S. 12** Staatsfinanz
- S. 16** bfg-Jugend
- S. 18** Aus den Ortsverbänden

IMPRESSUM

Herausgeber: bfg-Verlag, Karlstr. 41, 80333 München, Tel. (0 89) 54 59 17-0, Fax (0 89) 54 59 17 99, info@bfg-mail.de, www.finanzgewerkschaft.de

Verantwortlich: Gerhard Wipijewski, Vorsitzender der Bayerischen Finanzgewerkschaft

Redaktionsleiterin: Nina Gürster

Redaktion: Birgit Fuchs, Nina Gürster, Thomas Wagner, Christoph Werwein und Gerhard Wipijewski

Layout und Gestaltung: Thomas Wagner, Jana Patzak

Druck: Druckerei Offprint, Planegger Straße 121, 81241 München

Anzeigenverwaltung: bfg-Verlag, Karlstr. 41, 80333 München, Tel. (0 89) 54 59 17-0, Fax (0 89) 54 59 17 99

Die „Bayerische Finanzgewerkschaft“ erscheint 10x jährlich. Der Bezugspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der bfg und der Redaktion nicht übereinstimmen muss. Bei Leserbriefen behalten wir uns Kürzungen und redaktionelle Änderungen vor. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung und Quellenangabe des Herausgebers. Alle Bilder oder Grafiken sind urheberrechtlich geschützt und dürfen nur mit Genehmigung des bfg-Verlages bzw. des jeweiligen Rechteinhabers verwendet werden.



Arbeitszeit, Effizienz und Altersrente

Text: Gerhard Wipijewski, Vorsitzender

Mit der Aussage in seiner ersten Regierungserklärung, wir müssten in unserem Land „wieder mehr und vor allem effizienter arbeiten“, löste Bundeskanzler Merz eine zwei Wochen währende mediale Diskussion aus. Dabei ging es um die angebliche Faulheit der Deutschen, um die Vier-Tage-Woche, Work-Life-Balance, Arbeitszeitvolumina und ganz viel Teilzeitarbeit.

Beinahe zeitgleich klopfte sich der frühere Bayerische Finanzminister Kurt Faltlhauser (1998-2007) in der Bayerischen Staatszeitung auf die Schultern ob seiner gloriosen Bilanz im Allgemeinen und der Einführung der 42-Stunden-Woche im Besonderen. Was er nicht gesagt hat: der damalige Versuch über eine weitere Arbeitszeiterhöhung im öffentlichen Dienst eine Arbeitszeiterhöhung auch in der Privatwirtschaft zu erreichen, ist kläglich gescheitert. Dafür waren dann Stimmung und Leistungsbereitschaft im öffentlichen Dienst über Jahre miserabel und die Staatsregierung sowie die sie damals mit einer 2/3-Mehrheit tragende Partei haben viel Rückhalt im öffentlichen Dienst verloren. Und die 35-Stunden-Woche gibt es in Teilen der Wirtschaft weiterhin, ja mehr als damals ...

Wenn die Bundesregierung nun Überstunden steuerlich extrem begünstigen will, machte das dann Sinn, wenn eine dringend erforderliche Mehrarbeit bisher an der mangelnden Bereitschaft der Belegschaft gescheitert wäre! Bei 1,2 Mrd. Überstunden im Jahr deute ich die Situation aber etwas anders. Und in der Finanzverwaltung sind sie ja eh nicht vorgesehen! Hier gilt: die Arbeit ist zu erledigen, egal wie – und egal, um wieviel sie gegenüber dem Vorjahr zugenommen hat! Mehr Zeit gibt es dafür nicht. Und da, wo Überstunden erlaubt sind, werden sie auch gemacht; siehe Polizei, IT oder bei der Grundsteuerreform.

Sooft in der Regierungserklärung des Kanzlers auch von Bürokratieabbau die Rede ist, lässt die geplante Überstundenregelung aber schon wieder ein neues Bürokratiemonster erwarten! Der Gestaltungs- und Betrugsanreiz ist jedenfalls gewaltig – Mitnahmeeffekte und Steuerminder-einnahmen auch.

Und muss ich wirklich erklären, dass und warum eine hohe Teilzeitquote Ausdruck einer hoch entwickelten (Erwerbs-)Gesellschaft ist? Vor 50 Jahren war die durchschnittliche Arbeitszeit natürlich wesentlich höher – weil die Wochenarbeitszeit außerhalb des öffentlichen Dienstes (und nur da!) höher und ein Großteil der Frauen überhaupt

nicht erwerbstätig war! Wer meint, dass sich deren Arbeitszeitanteile doch steigern lassen müssten, sollte sich auch überlegen, wie die Schulen die immer größeren Defizite in der elterlichen Erziehung hinbekommen sollen.

Überhaupt halte ich einen Haushalt, in dem beide Partner in Vollzeit einer Erwerbsarbeit nachgehen, nicht zwingend für die ideale Lösung. Ich habe beim Gewerkschaftstag vor einem Jahr in Anwesenheit des Ministerpräsidenten auf den Wert von Erziehung, Pflege und nicht zuletzt auch ehrenamtlichem Engagement in diesem Zusammenhang verwiesen.

Dass der Kanzler Effizienzdefizite in der Arbeitswelt ausgemacht hat, wundert mich, bedeutet das ja nichts anderes, als dass in der (kapitalistischen) deutschen Wirtschaft mit zu viel Personal gearbeitet wird oder/und zu wenig produziert wird ... Für die Bayerische Finanzverwaltung weise ich diesen Vorwurf jedenfalls entschieden zurück! In den Finanzämtern werden heute bei nahezu identischem Personalstand rund 40 % Steuerfälle im Jahr mehr bearbeitet als vor 15 Jahren. Ganz nebenbei wird auch noch das Jahrhundertprojekt Grundsteuerreform geschultert. Im Landesamt für Finanzen haben die Personalmehrungen im öffentlichen Dienst auch für eine Zunahme der Fallzahlen um über 30 Prozent gesorgt ...

Das zweite große Medienthema der letzten Wochen war die Diskussion um eine Rentenreform. Sie wurde von der neuen Arbeitsministerin Bärbel Bas durch die Forderung nach Einbeziehung der Beamtenschaft in die gesetzliche Rentenversicherung – im Widerspruch zum Koalitionsvertrag – erfolgreich initiiert. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf unsere Ausführungen in der bfg-Zeitung 03/2025 und unseren Facebook-Post „Herr Bundeskanzler, rufen Sie Frau Bas zur Ordnung!“. An dieser Diskussion ärgert mich regelmäßig besonders, dass der Eindruck erweckt wird, in der gesetzlichen Altersrente gebe es ständig Verschlechterungen und die Rentenerhöhungen hielten mit den Anpassungen der Beamtenversorgung nicht Schritt. Beides ist nicht der Fall! Seit Jahrzehnten wird jede Verschlechterung im Rentenbereich auf die Beamtenversorgung systemkonform übertragen – und die prozentualen Anpassungen erfolgen zwar nach unterschiedlichen Gesichtspunkten, in den vergangenen 10 Jahren hat sich die gesetzliche Altersrente aber nicht schlechter entwickelt als die Beamtenversorgung!

BERICHT AUS DEM HPR

von David Dietz



Zentralisierung der Forschungszulage

Die Verwaltung der Forschungszulage obliegt derzeit der Zuständigkeit des jeweiligen örtlich zuständigen Finanzamts. Die Arbeiten im Zusammenhang mit den Anträgen der Forschungszulage werden in jedem bayerischen Finanzamt in einer zentralen Stelle als Veranlagungsstelle durchgeführt. Jedes Finanzamt muss deshalb das erforderliche Fachwissen ungeachtet der sehr geringen Fallanzahl vorhalten. Aus diesem Grund und der Tatsache, dass aufgrund der Geringfügigkeit des Arbeitsgebiets kein gesondertes Zuteilungssoll an den Finanzämtern ausgewiesen wird, soll zum 1. Oktober 2025 eine Zentralstelle Forschungszulage am Finanzamt München eingerichtet werden. Die Zentralstelle Forschungszulage wird dabei analog zu den Veranlagungsstellen für Körperschaftsteuer betrachtet. Im Zuteilungssoll für das Finanzamt München können die dafür benötigten Kräfte ausgewiesen werden. Durch eine Zentralisierung der Forschungszulage werden die bayerischen Finanzämter von Arbeit entlastet und gleichzeitig das bereits vorhandene Fachwissen des Finanzamts München genutzt.

Ergänzende Dienstvereinbarung des LfF zur Telearbeit

Das Landesamt für Finanzen hat seine bisherige ergänzende Dienstvereinbarung zur Telearbeit überarbeitet. Ziel hierbei war eine größere

Nutzung von Telearbeit, die Beibehaltung und Fortführung bewährter Telearbeitsmöglichkeiten bei zahlreichen Dienstposten und die Weiterentwicklung der Telearbeit aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre.

Einführung des PSV-Upload-Portals

Mit Einführung der Digitalen Personalakte (DiPA) bei den Bezügestellen des Landesamts für Finanzen (LfF) wurde die Grundlage für vollumfänglich digitales Arbeiten bei den Bezügestellen geschaffen. Dabei bietet die digitale Postübermittlung von Personal verwaltenden Stellen (PSV) an die Bezügestellen des LfF erhebliche Effizienzgewinne und Einsparpotenzial für alle Beteiligten. Diese können gehoben werden, sobald die DiPA auch bei den PSV-Stellen im Einsatz ist. Bis zur flächendeckenden Einführung der DiPA wird übergangsweise eine einfache, intuitiv bedienbare Webanwendung angeboten, mittels derer die PSV-Stellen schon heute Dokumente digital an die Bezügestelle übermitteln können: das sog. PSV-Upload-Portal. Das PSV-Upload-Portal „PSV 2 BEZ“ dient der rechts-sicheren, digitalen Übermittlung von Dokumenten der PSV- an die Bezügestellen. Es kann künftig von allen PSV-Stellen genutzt werden, welche die DiPA-PSV noch nicht im Einsatz haben. Die Produktivsetzung des PSV-Upload-Portals ist für Juli dieses Jahres geplant.

Mitteilung der Berechnungsgrundlage für das Zuteilungssoll und den Stellenplan für die Finanzämter 2025

Seit dem Jahr 2015 wird für die Berechnung des Zuteilungssolls die Anzahl der den Finanzämtern zur Verfügung stehenden Stellen um anderweitig besetzte bzw. gesperrte Stellen reduziert und daraus die „Berechnungsgrundlagen für das Zuteilungssoll“ abgeleitet. Basis für die Berechnungsgrundlagen zum Zuteilungssoll 2025 ist die Anzahl der Stellen bei den Finanzämtern für das Jahr 2025, ausgehend vom Kassenanschlag 2024/2025 zum 1. Oktober 2025. Die Grundlage für das Zuteilungssoll 2025 beträgt 16.468 Stellen und erhöht sich damit im Vergleich zu 2024 um 138 Stellen.

Keine Verlängerung des Beurteilungszeitraums im Geschäftsbereich des StMFH

Durch das Erste Modernisierungsgesetz Bayern wurde die Möglichkeit geschaffen, den Beurteilungszeitraum auf vier Jahre zu verlängern. Der Geschäftsbereich des StMFH wird hiervon jedoch keinen Gebrauch machen. Die einzelnen Verwaltungen sehen als Hauptargumente gegen eine Verlängerung des Beurteilungszeitraums unter anderem die Schnelligkeit in einigen Bereichen und die Besorgnis fehlender Aktualität von Beurteilungen bzw. eine Verzögerung der Beförderung von Beamten. Dieses

klare Meinungsbild wird auch seitens des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat unterstützt, weshalb nicht beabsichtigt ist, von der Verlängerungsmöglichkeit des Beurteilungszeitraums im Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat Gebrauch zu machen. Es wird weiterhin am dreijährigen Beurteilungszeitraum festgehalten. Auch der Hauptpersonalrat hatte sich gegen eine Verlängerung und damit gegen eine Abweichung zur bisher erfolgreichen Praxis ausgesprochen und begrüßt die Entscheidung des Finanzministeriums.

Verlagerung der Bewertungsstellen an das Grundsteuer-Finanzamt Zwiesel – Ausweitung der Pilotierung

Im Rahmen der Heimatstrategie ist ab dem Jahr 2025 eine sukzessive Verlagerung der bayerischen Bewertungsstellen (mit Ausnahme der Bewertungsstelle Höchstadt des FA München) an das Grundsteuer-Finanzamt Zwiesel mit ASt. Viechtach geplant. Der Auf- und Ausbau des Grundsteuerfinanzamts in Zwiesel und Viechtach erfolgt stufenweise. Im Endausbau sollen 300 Arbeitsplätze auf beide Standorte verteilt sein. Bereits seit 1. Dezember wird die Verlagerung mit den Finanzämtern Deggendorf und Nördlingen mit Außenstelle Donauwörth pilotiert. Die Pilotierungsberichte aus den Pilotfinanzämtern, sowie des Landesamts für Steuern sind positiv. Die Pilotierung soll daher um weitere vier Ämter erweitert werden, um weitere Erfahrungen zu sammeln. Ab Herbst 2025 soll dann die Verlagerung der bayerischen Bewertungsstellen im Rahmen der Heimatstrategie in 5 Stufen erfolgen. Der Zeitplan sieht hierbei eine Verlagerung von 2025 bis 2030 vor. Die 1. Stufe der Verlagerung soll hierbei am 1. Oktober 2025 beginnen.

Versammlung der Haupt- und Bezirksschwerbehindertenvertretungen in Nürnberg

In Nürnberg haben sich die Haupt- und Bezirksschwerbehindertenvertretungen, sowie die Schwerbehindertenvertretungen der dem StMFH direkt nachgeordneten Dienststellen zu ihrer regelmäßig stattfindenden Versammlung getroffen. Inhalte der Versammlung waren unter anderem

der Bericht des Arbeitgebers gemäß 166 Abs. 4 SGB IX, sowie ein intensiver Austausch untereinander. Der Hauptpersonalrat nimmt an den Versammlungen stets teil. Sowohl der Vorsitzende der Hauptschwerbehin-

dertenvertretung Wolfgang Kurzer als auch der stellv. HPR-Vorsitzende David Dietz hoben in ihren Berichten die hervorragende Zusammenarbeit zwischen Hauptschwerbehindertenvertretung und Hauptpersonalrat hervor.



Im Gespräch mit MdL Alfred Grob

Beinahe zwei Stunden haben sich MdL Alfred Grob und Dr. Christian Rödel Zeit genommen, sich mit bfg-Vorsitzenden Gerhard Wipijewski über die Finanzverwaltung und den öffentlichen Dienst auszutauschen.

Dabei wurde ein weites Feld an Themen diskutiert, so etwa die aktuelle Personal- und Arbeitssituation in der Steuer- und Staatsfinanzverwaltung sowie den weiteren Bereichen des Finanzressorts, wo deutlich wurde, in welchem Ausmaß in den vergangenen Jahren die Aufgaben gestiegen sind und bewältigt wurden. Fallzahlensteigerungen von rund 40 % binnen 15 Jahren in den Finanzämtern bei gleichem Personal-Ist beispielsweise stellen ganz erhebliche Effizienzsteigerungen dar, die dank eines überragenden Einsatzes der Beschäftigten und den Fortschritten in der IT erzielt worden sind. Ähnliche Entwicklungen habe es im LfF gegeben, so Wipijewski. Wenn jetzt mit Blick auf den Doppelhaushalt über die geplante Einsparung von 5.000 Stellen gesprochen werde, müsse in allen Ressorts geprüft werden, welche Optimierungen möglich sind. Es könne nicht angehen, auch hier jetzt wieder die Finanz in den Fokus zu nehmen, zumal die Entwicklung der Haushaltsstellen in anderen Bereichen viel positiver verlaufen sei. Aber auch um die

Wettbewerbsfähigkeit der Finanzverwaltung ging es in diesem Gespräch, nicht zuletzt um die Möglichkeit in Teilzeit und in Homeoffice zu arbeiten. Die Gesprächspartner waren sich darin einig, dass mit Teilzeitarbeit und Homeofficeangeboten eine frühe Rückkehr aus Familienphasen möglich ist und damit der Dienstherr und Arbeitgeber von diesen Angeboten profitiert. Alfred Grob interessierte sich aber auch für die geplante Strukturreform der Finanzämter, über die er auch mit dem Finanzminister im Austausch steht. Kurzum: ein guter und seriöser Austausch mit einem der wichtigsten Abgeordneten, wenn es um den öffentlichen Dienst in Bayern geht!

Alfred Grob, der als ehemaliger Kripo-Chef seit 2018 dem Bayerischen Landtag angehört, ist seit dieser Legislaturperiode stellvertretender Vorsitzender des Landtagsausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes und Vorsitzender des entsprechenden CSU-Fraktionsarbeitskreises. Seit seiner Zugehörigkeit zum Bayerischen Landtag ist Alfred Grob bereits ein interessierter und kompetenter Gesprächspartner der bfg! Dr. Christian Rödel leitet innerhalb der CSU-Fraktion das Referat, das für Fragen des öffentlichen Dienstes zuständig ist.



Zukunft gestalten – mit Haltung, Sachverstand und klaren Botschaften

Bei der Landesarbeitstagung der nordbayerischen bfg-Orts- und Personalratsvorsitzenden in Bayreuth wurde nichts ausgespart: Nachwuchskrätemangel, Digitalisierung, Personalpolitik, Strukturreform – und die Rolle des öffentlichen Dienstes in einer zunehmend polarisierten Gesellschaft. Rund 120 Teilnehmende diskutierten mit – engagiert, offen und auf Augenhöhe.

Zwei Tage, über 120 Teilnehmende und eine Themenfülle, die kaum dichter sein könnte: die diesjährige Landesarbeitstagung der nordbayerischen bfg-Orts- und Personalratsvorsitzenden bot nicht nur Gelegenheit zur Vernetzung, sondern geriet zu einem intensiven Lagebild zur Zukunftsfähigkeit der bayerischen Finanzverwaltung. Zurück am angestammten Frühjahrs-termin in Bayreuth wurde die Tagung zur Plattform für offene Diskussionen über Wandel, Digitalisierung, Struktur- und Personalpolitik sowie gesellschaftliche Verantwortung. Dabei wurde deutlich, wie tiefgreifend die Herausforderungen für die bayerische Finanzverwaltung sind – vom demografischen Wandel über Digitalisierung bis hin zur gesellschaftlichen Polarisierung. Gleichzeitig zeigten die Vorträge der Referenten, dass bfg und Verwaltung den Wandel gemeinsam gestalten wollen – mutig, mit Sachverstand und mit Blick auf das Ganze. Die Tagung in Bayreuth hat dafür ein starkes Signal gesetzt – und sie hat gezeigt, dass die bfg und ihre Orts- und Personalratsvorsitzenden bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Im Laufe der zwei Tage konnte Bezirksvorsitzender Thomas Wagner zahlreiche Gäste begrüßen, darunter Paul König (Präsident des Landesamts für Steuern), Dr. Leonhard Kathke (StMFH), Matthias Hollmann (Amtsleiter FA Bayreuth), Hubertus Rust (LfSt). Einen Hauptpart trug auch wieder bfg- und HPR-Vorsitzender Gerhard Wipijewski. Mit dabei auch die stv. Landesvorsitzenden Conny Deichert und David Dietz. Auch Ehrenvorsitzende Helene Wildfeuer war unter den Anwesenden.

Thomas Wagner: Vier Schwerpunkte für die Zukunft

Bezirksvorsitzender Thomas Wagner eröffnete die Tagung mit einer engagierten Rede, in der er vier zentrale Themenfelder benannte, die aus Sicht der bfg in den kommenden Jahren höchste Priorität haben:

- Bei der Nachwuchsgewinnung nicht locker lassen: Wagner würdigte das sogenannte „Zweite-Chance-Verfahren“ als einen wichtigen Schritt. Mit rund 130 zusätzlichen Auszubildenden in der 2. und 3. Qualifikationsebene sei im vergangenen Jahr ein bedeutender Erfolg gelungen. Gleichzeitig verdeutlichte er die Dringlichkeit weiterer Maßnahmen. Die Regionalisierung der Ausbildung ab 2025 in München und ab 2026 in Regensburg sei ebenso notwendig wie eine moderne Ansprache durch digitale Kampagnen und Social Media.
- Personal gut behandeln: Wer junge Menschen für den öffentlichen Dienst gewinne, müsse auch dafür sorgen, dass sie bleiben. Wagner kritisierte, „dass wir immer noch viel zu viel Nachwuchskräfte nach der Ausbildung dorthin versetzen, wo sie so schnell wie möglich wieder fort wollen.“ Wagner weiter: „Wer will, dass junge Leute in München arbeiten, muss dafür sorgen, dass sie sich dort auch das Wohnen leisten können.“ Staatsbedienstetenwohnungen seien hier ein dringend notwendiges Mittel.
- Technik, die funktioniert: Digitalisierung und Künstliche Intelligenz seien ein „Gamechanger“ – aber nur, wenn die technische Infrastruktur verlässlich sei. Wagner nannte

Netze und Endgeräte als kritische Punkte. Besonders hob er die Leistung der IuK-Beschäftigten hervor, die trotz personeller Engpässe Herausragendes leisteten. Neue Anwendungen wie Bayern-KI, Juris-KI, Übersetzungs-KI oder das System IKONOS kommen immer mehr in der Praxis an. Wichtig sei nun, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitzunehmen und ihnen die nötigen Kompetenzen und Unterstützungen zu geben.

- Strukturoptimierung mit Augenmaß: Wagner unterstrich die Bedeutung der angekündigten Reform. „Diese Reform darf kein Selbstzweck werden. Sie muss unsere Arbeit verbessern.“ Wagner hob hervor, dass die bfg von Anfang an eingebunden sei und dank Landesvorsitzendem Gerhard Wipijewski mit starker Stimme die Interessen der Beschäftigten vertrete.

Neben diesen Sachthemen fand Wagner auch klare Worte zur gesellschaftspolitischen Lage. Angesichts wachsender Unsicherheit und zunehmender Polarisierung stellte er die Rolle des öffentlichen Dienstes als stabilisierende Kraft heraus. Er warnte eindringlich vor dem Erstarken rechtsextremer Kräfte, die in Umfragen und Wahlergebnissen zweistellige Ergebnisse erzielten. „Wir haben hier eine klare Position“, so Wagner. „Wer unsere Demokratie bekämpft, hat im öffentlichen Dienst nichts verloren. Punkt.“ Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst trügen nicht nur Verantwortung für ihre unmittelbaren Aufgaben, sondern auch für die demokratische Kultur insgesamt. Gerade in diesen Zeiten sei es notwendig, Haltung zu zeigen.

Gerhard Wipijewski: Flagge zeigen gegen Stimmungsmache

bfg-Landesvorsitzender Gerhard Wipijewski dankte eingangs seiner Ausführungen den Orts- und Personalratsvorsitzenden ausdrücklich für ihr Engagement: „Wir werden gesehen – und das liegt an eurer Arbeit!“, sagte der Landesvorsitzende.

Wipijewski warnte vor dem wachsenden gesellschaftlichen Druck auf den öffentlichen Dienst. Populistische Stimmungsmache – etwa beim Thema Versorgung – werde regelmäßig losgetreten. Dabei seien wesentliche Behauptungen nicht haltbar: Die Beamtenversorgung habe Verfassungsrang, eine Integration in die gesetzliche Rentenversicherung wäre weder gerecht noch finanzierbar. Der Versorgungsfonds in Bayern sei solide ausgestattet, die Rentenproblematik im Umlagesystem deutlich gravierender. Er machte deutlich, dass Durchschnittswerte von Pensionen und Renten nicht vergleichbar seien – schon wegen der unterschiedlichen Qualifikationsstruktur. 70 % der Beschäftigten im Beamtenbereich seien Akademiker, die Anforderungen und Tätigkeiten daher nicht gleichzusetzen mit denen anderer Berufsgruppen. Die oft medienwirksam inszenierten „Ungleichgewichte“ seien schlicht irreführend. Vielmehr drohe ein gesamtstaatlicher Schaden, wenn die Finanzierung der Renten- und Versorgungssysteme nicht ehrlich und differenziert betrachtet werde.

Wipijewski berichtete zudem über die Erfolge der bfg im aktuellen Doppelhaushalt, darunter 300 neue Stellen, davon 100 in den Finanzämtern. Auch das Hebungsprogramm im Nachtragshaushalt sei nicht allein auf den Schulbereich beschränkt worden: 1,85 Millionen Euro seien für das Finanzressort reserviert. Trotz solcher Erfolge bleibe der Spardruck hoch. Die Verpflichtung, bis 2030 rund 5.000 Stellen abzubauen, sei eine große Herausforderung. Gerade angesichts des demografischen Wandels müsse der öffentliche Dienst handlungsfähig bleiben.

Besonderes Augenmerk legte Wipijewski auf die geplante Strukturoptimierung: „Wir sind mit dem Minister einer Meinung, dass die absehbaren demografischen Entwicklungen eine Reform der Struktur notwendig ma-



Neben den Reden und Vorträgen von Gerhard Wipijewski, Paul König, Thomas Wagner, Dr. Leonhard Kathke und Hubertus Rust rundeten ein Grußwort vom Bayreuther Amtsleiter Matthias Hollmann und Beiträge (Reihenfolge analog Tagesordnung) von Conny Deichert (Tarif), Bernhard Lechner (Staatsfinanz) Pasqual Kohl (Jugend) Gerhard Wacker (Senioren) Martina Sixt und David Dietz (Personalratswahlen) die Tagung ab.

chen. Aber: eine Umstrukturierung, die nur auf dem Papier gut aussieht, bringt uns nicht weiter. Entscheidend ist, wie sich die Veränderungen im Alltag der Kolleginnen und Kollegen auswirken.“ Die bfg habe deshalb das Angebot von Finanzminister Füracker im Oktober vergangenen Jahres angenommen, ihre Vorstellungen zu einer Strukturreform darzulegen. Seitdem sei die bfg im weiteren Prozess eingebunden gewesen: „Uns geht es darum, die bisherigen Standorte zu erhalten und zu stärken.“ Es dürfe nicht zur Aushöhlung der bisherigen Standorte durch die Schaffung von Monostrukturen kommen. Die Rolle der bfg sei es, diesen Prozess kritisch zu begleiten, mit Fachwissen, mit Erfahrung – und mit dem klaren Anspruch, die Bedingungen für die Beschäftigten zu verbessern. Wipijewski warb bei LfSt-Präsident König dafür, gemeinsam die Strukturoptimierung zum Erfolg zu führen.

Paul König: Mit der Reform die Dienststellen erhalten

Paul König, Präsident des Landesamts für Steuern, betonte in seinem Beitrag die Notwendigkeit der angekündigten Strukturoptimierung. Die bisherigen Verwaltungsstrukturen seien vielerorts zu kleinteilig, Zustän-

digkeiten zu stark auf Einzelpersonen verteilt. Vertretungen seien schwer sicherzustellen, Know-how schwer zu bündeln. Die Reform biete die Chance, mit Regionalfinanzämtern von 500 bis 900 Mitarbeitenden eine neue Flexibilität zu schaffen, ohne Standorte zu gefährden.

König stellte klar: „Wir werden keine Dienststelle schließen. Wir machen die Reform, um die Dienststellen auch in Zukunft zu erhalten.“ Der Reformprozess solle schrittweise und gemeinsam mit den Ämtern entwickelt werden. „Auch die örtlichen Personalräte werden in die Arbeitsgruppen eingebunden“, sagte der Präsident. Zudem sprach König ausführlich über die Bedeutung einer gerechten Aufgabenverteilung in den neuen Regionalstrukturen. Die Reform dürfe nicht zur Belastung für einzelne Standorte oder Beschäftigtengruppen werden. Stattdessen gehe es darum, Synergien zu schaffen, Fachwissen sinnvoll zu bündeln und neue Spielräume für Personalentwicklung und Führung zu schaffen. Auch bei der Einführung von IKONOS, dessen Rollout zunächst in Mittelfranken erfolge, müsse Sorgfalt vor Schnelligkeit gehen.

König sprach sich für größtmögliche Transparenz aus – auch über neue

digitale Wege wie Wikis. Der Dialog mit Personalräten und Amtsleitungen bleibe entscheidend. „Wir wollen das gemeinsam entwickeln. Schritt für Schritt, mit dem Blick auf das Machbare.“ In diesem Sinne verstehe er die Reform als Chance für eine moderne, zukunftsfähige Finanzverwaltung.

Dr. Leonhard Kathke: Kein Automatismus bei Beurteilungen

Dr. Leonhard Kathke, Chef des Personalreferats der Steuerverwaltung im StMFH, widmete sich in seinem Vortrag dem Beurteilungswesen. Er machte deutlich, dass Beurteilungen keine Belohnungssysteme seien, sondern der ehrlichen Leistungsrückmeldung dienen müssten. Die vorgegebenen Orientierungsschnitte seien kein Selbstzweck, sondern ein Hilfsmittel zur Herstellung einheitlicher Maßstäbe. Kathke betonte die Notwendigkeit individueller Bewertung statt automatischer Abläufe. Eine Erstbeförderung dürfe nicht automatisch mit einem Punktabzug einhergehen. Vielmehr müsse gefragt werden, ob sich jemand im neuen Amt bewährt habe. Lebensleistung oder berufliche Verweildauer seien keine zulässigen Kriterien. Es müsse objektiv bewertet werden, wie sich Leistung, Einsatz und Entwicklung konkret darstellen. Dabei seien individuelle Gespräche essenziell – es brauche Zeit, Sorgfalt und Dialogbereitschaft.



Im Rahmen der Veranstaltung konnten Thomas Wagner und Ehrenvorsitzende Helene Wildfeuer auch zwei Ehrungen für langjährige Mitgliedschaft vornehmen: Andreas Weske vom Ortsverband Schweinfurt wurde für 25 Jahre und der stv. Bezirksvorsitzende Konrad Adam (Ortsband beim Finanzamt Weiden) für 40 Jahre Mitgliedschaft geehrt.



Hubertus Rust: Wandel aktiv gestalten, Potenziale nutzen

Hubertus Rust, Abteilungsleiter für Organisation im Landesamt für Steuern, sprach in seinem Vortrag über das Spannungsfeld zwischen kontinuierlichem Veränderungsdruck und dem Anspruch, als moderne Verwaltung handlungsfähig und attraktiv zu bleiben. Der Wandel sei nicht mehr die Ausnahme, sondern die neue Normalität: „Ständig ändert sich etwas – das kann man als Bedrohung sehen oder als Chance begreifen.“

Rust betonte, dass sich die Verwaltung als lernende Organisation verstehen müsse. Die Themendichte sei enorm, der Fachkräftemangel deutlich spürbar, die Erwartungen an Leistung und Anpassungsfähigkeit hoch. Und doch gelte: „Die bayerische Steuerverwaltung hat sich durch die Grundsteuerreform und viele weitere

Projekte bravourös geschlagen – das ist keine Selbstverständlichkeit.“ Wesentliche Stellschrauben seien für ihn die bessere Nutzung von Digitalisierung zur Entlastung bei Routinetätigkeiten, die Stärkung der Serviceorientierung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, sowie die aktive Einbindung der Mitarbeitenden: „Die besten Ideen stehen nicht im Gesetzblatt, sondern entstehen vor Ort. Sie müssen gehört, aufgegriffen und unterstützt werden.“ Die bevorstehende Strukturreform, die Pilotierung von IKONOS, Einsatz der KI und der Ausbau moderner Arbeitsplatzmodelle und flexible Arbeitswelten – all das müsse im Sinne der Menschen gedacht werden. Rust verwies auch auf das Projekt BASIS, das den Wildwuchs an Informationsplattformen ablösen solle: „Wir brauchen wieder Übersicht – und eine Kommunikation, die bei den Menschen ankommt.“

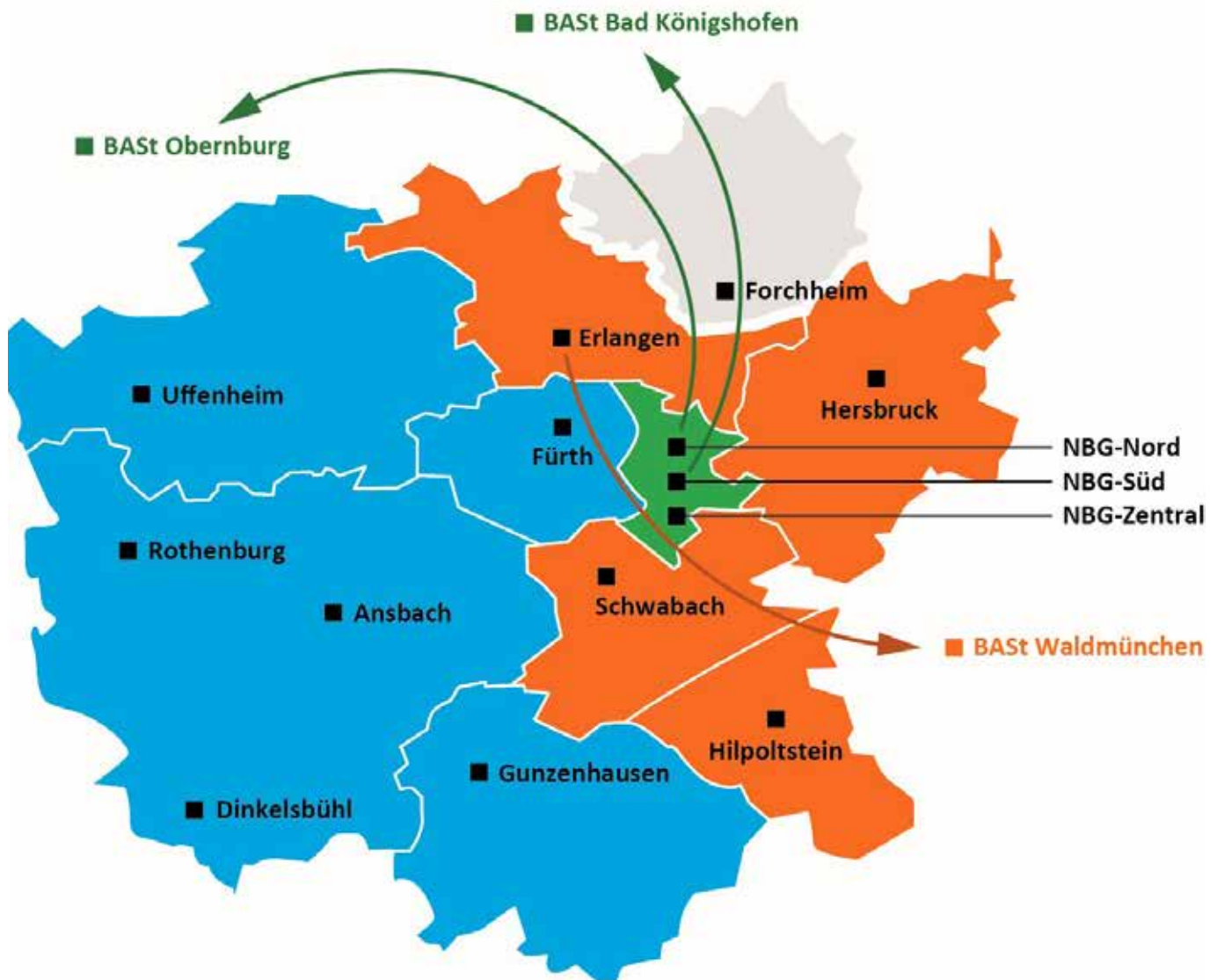
Strukturreform der Finanzämter in Mittelfranken

In der letzten Ausgabe der bfg-Zeitung hatten wir über die von Minister Albert Füracker bei der Amtsleitertagung verkündete „Strukturoptimierung“ der Finanzämter berichtet. Inzwischen wurde von Minister und Steuerungsgruppe auf Vorschlag aller mittelfränkischen Amtsleiter entschieden, wie der Ämterzuschnitt in Mittelfranken aussehen soll, der zum 1. Januar 2026 mit der rechtlichen Gründung des Finanzamts Nürnberg und der beiden Regionalfinanzämter entstehen wird. In der Grafik haben wir die drei künftigen Finanzamtsbezirke bildlich dargestellt.

3 Finanzämter in Mittelfranken

Dabei wird deutlich, dass aus den bisherigen 3 Nürnberger Finanzämtern ein einziges großes (Stadt-)Finanzamt werden wird. Die bisherigen Standorte werden dabei genauso beibehalten wie auch die Bearbeitungsstellen. Weil jedoch in Mittelfranken wie auch bei einer Fortsetzung der Reform im übrigen Bayern immer Vollfinanzämter entstehen sollen, die in jedem Fall bis auf Steuerverfahren, Erb-Schenk und Grunderwerbsteuer alle Aufgaben umfassen sollen, gibt Nürnberg nach und nach alle Zuständigkeiten und Aufgaben,

die bisher für die Finanzämter Hersbruck, Schwabach und Hilpoltstein bestehen, an das benachbarte Finanzamt Mittelfranken-Ost (Arbeitstitel) ab. Dieses Regionalfinanzamt Mittelfranken-Ost besteht aus den bisherigen Bezirken der Finanzämter Erlangen, Hersbruck, Schwabach und Hilpoltstein. Dabei verliert dieses Regionalfinanzamt die bisher beim Finanzamt Erlangen bestehenden Zuständigkeiten für das oberfränkische Finanzamt Forchheim. Denn auch dieser Grundsatz soll bayernweit gelten: Die Amtsbezirke und Zuständigkeiten der Vollfinanzämter bewegen sich (mit Ausnahme der oben genannten



Aufgaben) innerhalb der Grenzen der Regierungsbezirke! Zum neuen Regionalfinanzamt gehört als Teil des Finanzamts Erlangen auch die Bearbeitungsstelle Waldmünchen.

Das zweite Regionalfinanzamt trägt den Arbeitstitel Mittelfranken-West und besteht aus den Finanzämtern Fürth, Uffenheim, Gunzenhausen und Ansbach sowie den beiden Außenstellen Rothenburg o.d.T. und Dinkelsbühl.

Standorte bleiben erhalten

Der Finanzminister hat zugesichert, dass jeder der bisherigen Standorte erhalten bleibt. Das Konzept sieht vor, dass von den Standorten eines Regionalfinanzamts einer als Sitz des Finanzamts im rechtlichen Sinn fungiert. Zugleich wird auch nur noch einer bzw. eine der bisherigen Leiterinnen und Leiter dem neuen Finanzamt mit der Besoldung A 16+Z vorstehen. Eine (weitere) Einsparung im Bereich A 16 und A 15 ist nicht geplant.

Alle Standorte sollen grundsätzlich in ihrer Größe erhalten bleiben; jedenfalls ist kein Abschmelzen oder Verkleinern geplant – und auch keine Umsetzung von Beschäftigten. Finanzminister Albert Füracker hat im Gegenteil seine Erwartung geäußert, dass nahezu jede Aufgabe von jedem Standort aus erledigt werden kann. Dies wird durch die Ausstattung mit Sina-Laptops und IKONOS erleichtert. Der Finanzminister hat auch seine Erwartung geäußert, dass innerhalb der neuen Regionalfinanzämter infolgedessen Beförderungsversetzungen weitgehend entfallen können.

Maximale Flexibilität

Die neue Ämterstruktur soll eine Bündelung fachlicher Kompetenz ermöglichen, zugleich aber maximale Flexibilität. Deshalb soll es grundsätzlich möglich sein, Aufgaben auch von einem Standort aus zu erledigen,

bei dem diese Aufgabe nicht schwerpunktmäßig angesiedelt ist. Das Ziel ist in mehrfacher Hinsicht ein Mehrwert auch für die Beschäftigten.

Wie in der letzten Ausgabe der bfg-Zeitung ausgeführt, sollen damit in Mittelfranken und nach und nach in ganz Bayern zukunftssteife Finanzamtsstrukturen entstehen. Dafür denkt man an Ämtergrößen zwischen 500 und 900 MAK.

Die verschiedenen Gremien, Gruppen und Teams haben entsprechend der Projektstruktur ihre Arbeit aufgenommen. Unzählige Fragen sind dabei in den kommenden Monaten zu diskutieren und zu klären. Dabei ist nicht nur die Einbindung von Hauptpersonalrat und Bezirkspersonalräten im Rahmen der Projektstruktur zugesichert, sondern auch die der örtlichen Personalräte der betroffenen Dienststellen. Sollte dies irgendwo nicht erfolgen, muss dies eingefordert werden!

Parlamentarischer Abend der bfg mit der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Nachdem im vergangenen Jahr der bfg-Gewerkschaftstag alle Kräfte gebunden hatte, sind für diese Sommermonate die ersten Parlamentarischen Abende der 19. Legislaturperiode mit den vier Landtagsfraktionen geplant und vereinbart, zu denen die bfg in einem intensiven Austausch steht. Den Anfang machte Mitte Mai die SPD-Fraktion. Wie seit Jahren zur guten Tradition geworden, hatte die bfg-Landesleitung auf die Terrasse der bfg-Geschäftsstelle eingeladen, wo auf die Gäste neben dem inhaltlichen Austausch auch Gegrilltes wartete, für das Geschäftsführer Stephan Mair mit dem Geschäftsstellen-Team verantwortlich zeichnete. Die SPD-Fraktion war der Einladung sehr zahlreich gefolgt, was bfg-Vorsitzender Gerhard Wipijewski bei seiner Begrüßung als Zeichen der guten Zusammenarbeit würdigte. So konnte er den Vizepräsidenten des Bayerischen Landtags Markus Rinderspacher genauso begrüßen wie den Fraktionsvorsitzenden Holger Gießhammer. Gekommen waren auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und parlamentarische Geschäftsführer Volkmar Halbleib, der rechtspolitische Sprecher Horst Arnold, die bildungspolitische Sprecherin Nicole Bäuml, die innenpolitische Sprecherin Christiane Feichtmeier, der Sprecher für Kommunalfinanzen Harry Scheuenstuhl sowie Harald Zeidler, Parlamentarischer Berater für Haushalt

und öffentlichen Dienst.

Seitens der bfg nahmen neben dem Vorsitzenden Gerhard Wipijewski die Bezirksvorsitzenden Birgit Fuchs und Thomas Wagner sowie die stellvertretenden Landesvorsitzenden Bärbel Wagner, Conny Deichert, Julia Strehle, Nina Gürster und David Dietz sowie Landesjugendleiter Stefan Bloch teil.

Steuervollzug und die Sorge um den Staat

Wipijewski betonte in seiner Rede, dass bfg und SPD-Fraktion nicht nur manch ähnliche Ansicht im Bereich von Steuerrecht und Steuervollzug verbinde, sondern auch die ganz grundsätzliche Überzeugung, dass der „Staat“ kein notwendiges Übel ist, sondern vielmehr die Voraussetzung dafür, dass in unserem

Land nicht nur einige Wenige gut leben können, sondern sehr Viele! Leider mangle es dem Staat dabei oftmals an den nötigen Mitteln, nicht zuletzt, weil Steuerschlupflöcher nicht gestopft und Steuerhinterziehung nicht ausreichend bekämpft werde. Dabei sichere ein handlungsfähiger Staat Lebensqualität, gesellschaftlichen Zusammenhalt und faire Chancen. Umso gefährlicher seien Entwicklungen, in denen reiche Eliten wie Donald Trump oder Elon Musk mit staatsfeindlicher Rhetorik agierten. „Ihr Hass auf den Staat ist der beste Beweis dafür, wie wichtig wir sind – denn wir stehen ihnen im Weg.“ Zugleich unterstrich der Vorsitzende den realistischen Blick der Beschäftigten: „Wir träumen nicht vom Schlaraffenland wie einige im Land. Wir sind Realisten – wir sind Finanziere.“ Die Soziale



Landesvorsitzender Gerhard Wipijewski und SPD-Fraktionschef Holger Gießhammer

Marktwirtschaft bleibe das tragfähige Modell für Wohlstand – doch nur, wenn der Staat auch künftig handlungsfähig bleibe.

Belastungsgrenze erreicht – Personalnot wächst

Wipijewski: „Die Beschäftigten leisten tagtäglich Enormes. Doch die Rahmenbedingungen verschärfen sich zusehends. Zwischen 2010 und 2025 stiegen die Fallzahlen in den Finanzämtern um rund 40 Prozent. Bei nahezu der gleichen Personalstärke stehen wir mit dem Rücken zur Wand und sollen jetzt auch noch Stellen abbauen. Wie soll das gehen? Gehaltsniveau, Belastung, Marktwert – wir laufen Gefahr, den Anschluss zu verlieren“, warnte Wipijewski.

Grundsteuerreform und gerechte Besteuerung

Kritisch äußerte sich der bfg-Vorsitzende zur Grundsteuerreform: „Der Aufwand ist viel zu hoch. Wenn es nach uns geht, würden wir sie abschaffen und die Kommunen etwa über die Umsatzsteuer entschädigen.“ Stattdessen plädierte er für eine gerechtere Besteuerung großer Vermögen und Kapitalerträge: „Wer über die Finanzierung des Staates spricht, darf die Leistungsfähigsten nicht ausnehmen. Dabei gehe es vor allem um das Vermögen, weniger um das Einkommen.“

Für Holger Gießhammer, der im Juli 2024 zum neuen Fraktionsvorsitzenden der SPD gewählt wurde, war es der erste Parlamentarische Abend mit der bfg. In seinem Grußwort würdigte er die enge Zusammenarbeit mit der bfg und erinnerte an die Berufung von Gerhard Wipijewski als Sachverständigen zur Landtagsanhörung über die Zukunft des öffentlichen Dienstes.

Kritik an Äußerungen von Arbeitsministerin Bas

Deutliche Worte fand Wipijewski auch zur aktuellen Debatte um die Versorgung der Beamtinnen und Beamten: „Wir haben alle Reformen mitgetragen. Die oft bemühten Vergleiche hinken – verfassungsrechtlich, finanziell und in der Sache.“ In Bezug auf Äußerungen der neuen Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas stellte er klar, dass eine Einbeziehung der Beamtenschaft in die gesetzliche

Rentenversicherung nicht nur verfassungsrechtlich ausgeschlossen sei, sondern auch keinerlei finanzielle Entlastung bringe. Vielmehr würde der Staat bei einer Systemumstellung auf Jahrzehnte hinaus wesentlich stärker belastet. Diese Einschätzungen der bfg wurden auch von Haushaltsexperten Volkmar Halbleib geteilt: „Die Beamtenversorgung hat sich bewährt. Selbst bei einer Einbeziehung künftiger Beamter würde es 35 bis 40 Jahre dauern, bis sich Effekte zeigen. Damit lassen sich keine aktuellen Herausforderungen lösen.“ Die bfg lobte er als verlässlichen Partner mit großer Expertise. Personalabbau könne es nur geben, wenn Aufgaben entfielen – in der Realität nehme der Arbeitsaufwand jedoch kontinuierlich zu.

Zum Abschluss verwies Wipijewski auf die zentrale Herausforderung unserer Zeit: die Bewahrung der Demokratie und die Verteidigung unserer

freiheitlichen Ordnung – auch gegenüber rechtspopulistischen und extremistischen Strömungen wie der AfD. „Wir müssen als Gesellschaft dafür sorgen, dass der Staat handlungsfähig bleibt – und dass das Vertrauen in seine Institutionen nicht weiter untergraben wird. Dafür braucht es nicht weniger, sondern mehr Personal, mehr Digitalisierung, mehr Investitionen – und mehr politischen Mut.“

Ein besonderer Dank galt dem parlamentarischen Berater der SPD-Fraktion Harald Zeidler für seine kontinuierliche Unterstützung und die stets konstruktive Zusammenarbeit. Ein herzliches Dankeschön galt auch der SPD-Fraktion für die Organisation sowie dem Geschäftsstellenteam um Landesgeschäftsführer Stephan Mair und den Mitarbeiterinnen Iris Grundmann, Gabriele Stranak und Cornelia Drischberger für die freundliche Bewirtung.



Wipijewski im Gespräch mit MdL Patrick Grossmann

Getreu dem Motto „Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt“ traf sich der bfg-Vorsitzende Gerhard Wipijewski im Bayerischen Landtag mit dem CSU-Abgeordneten Patrick Grossmann zum Austausch über die Situation in der Finanzverwaltung. Patrick Grossmann vertritt seit Herbst 2023 den Stimmkreis Regensburg-Land im Bayerischen Landtag. Im Ausschuss für den Staatshaushalt und Finanzfragen ist er Berichterstatter für den Einzelplan 06, also für die meisten Haushaltsangelegenheiten, die das Finanzressort betreffen. Er stellt in dieser Funktion die Positionen der Regierungsfractionen bei diesen Themen das Finanzressort betreffend vor. Vor dem Hintergrund des Landtagsbeschlusses, ab dem Doppelhaushalt 2026/27 mit der Einsparung von 5.000 Haushaltsstellen zu beginnen, stellte der bfg-Vorsitzende dem Abgeordneten die Arbeits- und Personalsituation in der Steuer- und Staatsfinanzverwaltung, den IT-Bereichen, der Schlösserverwaltung und bei den Spielbanken dar. Er zeigte auf, wie dort überall die Personalausstattung extrem auf Kante genäh ist und mit der Stellenentwicklung der letzten 15 Jahre im Staatshaushalt nicht Schritt gehalten hat. Deshalb sei es unmöglich, bei der Finanzverwaltung in den nächsten fünf Jahren jetzt auch noch Stellen zu kürzen. Wipijewski warb im Weiteren für eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Finanzverwaltung, was einerseits eine Verbesserung der Bezahlungsstruktur erfordere, andererseits aber auch die Schaffung und Beibehaltung guter Rahmenbedingungen, um Familie, Pflege und Beruf durch Teilzeitangebote, Homeoffice und Altersteilzeit in Einklang zu bringen.

Herausforderungen und Perspektiven im LfF: Personal, Digitalisierung und Standortfragen im Fokus

In einer ausführlichen Gesprächsrunde diskutierte der Arbeitskreis Staatsfinanz, der aus den bfg-Ortsvorsitzenden der Dienststellen des Landesamts für Finanzen besteht, mit den Vertretern des Finanzministeriums Dr. Julia Heizer (Referat 26), Dominic Reinkowski (Referat 51) und Josef Mayr (Referat 72) über die aktuellen Herausforderungen in Personalfragen, technische Entwicklungen sowie langfristige Standortplanungen. Im Mittelpunkt standen dabei die Auswirkungen des „politischen“ Stellenabbaus, die Ausbildungsplanung sowie digitale Zukunftsstrategien.

Angespannte Personalsituation und Stellenabbau

Julia Strehle machte eingangs auf die angespannte Lage in allen Bereichen des Landesamtes für Finanzen aufmerksam. Grund dafür sei die Rückführung von künftig wegfallenden Stellen, die bisher durch zusätzliche Anwärtereinstellungen genutzt würden, um die Behördenverlagerung in Kaufbeuren und Weiden voran zu treiben. Dr. Julia Heizer betonte, dass die Rückführung dieser Stellen unabdingbar sei. Bezüglich der Einsparung der von Ministerpräsident Söder angekündigten 5000 Stellen gäbe es noch keine Vorschläge seitens der Verwaltung, aber bei der Erstellung etwaiger Abbaukonzepte werde auf eine Überforderung der Verwaltung geachtet.

Massive Fallzahlensteigerung in der Beihilfe

Die immense Antragsflut in der Beihilfe in den letzten Jahren und insbesondere im ersten Quartal 2025 stellt alle Seiten vor große Herausforderungen. Obwohl viele zusätzliche Einstellungen von Tarifbeschäftigten in den letzten Jahren in dem Bereich der Nachbearbeitung erfolgt sind, konnten die Steigerungen nicht kompensiert werden. Es konnte le-



Auf dem Foto von links nach rechts: Dr. Julia Heizer, Elisabeth Kraus, Albert Deubzer, Josef Mayr, Benjamin Lasotta, Vanessa Schindler, Dominic Reinkowski, Jürgen Friedmann, Rudolf Rittner, Julia Strehle, Bernhard Lechner, Melanie Strobel, Lena Keim, Benjamin Wolf

diglich der Status Quo gehalten werden. Aktuell wird das LfF, nach einer intensiven Einarbeitungszeit, vom Scanzentrum in Wunsiedel und der Vermessungsverwaltung mit insgesamt 25 MAK unterstützt. Zusätzlich werden 34 Personen befristet auf zwei Jahre auf den künftig wegfallenden Stellen für die Nachbearbeitung eingestellt. Es bleibt zu hoffen, dass hiermit die Bearbeitungszeiten in der Nachbearbeitung nachhaltig reduziert werden.

Es wurde auch über eine befristete außertarifliche Zulage für die besten Kräfte in der Nachbearbeitung gesprochen, die von allen Seiten grundsätzlich befürwortet wird. Der starke Anstieg von Tarifbeschäftigten am Landesamt für Finanzen in den letzten Jahren wirft die Fragen zu Fortkommenschancen für Tarifbeschäftigte auf. Ein Vorschlag für ein entsprechendes Konzept zur Höherqualifizierung ist gerade in der Zentralabteilung zur Bearbeitung und fand die grundsätzliche Zustimmung der anwesenden Personen. Gerade eine Höherqualifizierung für die sehr guten Tarifbeschäftigten, ist ein Ansporn und eine zusätzliche Motivation, um am Landesamt für Finanzen zu bleiben.

Ausbildung im Spannungsfeld von Qualität und Bedarf

Die Ausbildung im LfF bleibt ein zentrales Thema. Julia Strehle plädierte für die Beibehaltung von jährlich soliden Ausbildungsjahrgängen sowohl in der zweiten als auch in der dritten Qualifikationsebene. Dr. Heizer gab zu bedenken, dass die Durchfallquoten in den letzten Jahren deutlich angestiegen seien und sie eher eine Chance in zukünftigen kleineren Jahrgängen sehe. Hier bestünde die Möglichkeit diese gezielter zu betreuen und zu fördern. Die Ausbildungsstellen vor Ort seien in den letzten Jahren stark beansprucht worden. Einigkeit bestand darin, dass qualifizierte Nachwuchskräfte für die Zukunft des LfF entscheidend seien.

Digitalisierung schreitet voran – aber nicht überall

Größere Fortschritte wird es bei der Digitalisierung der Beihilfearbeit geben. Josef Mayr erklärte, dass die Umstellung von schwarz/weiß Bildern auf Graustufenbilder und in einem weiteren Schritt auf farbige Bilder erfolgen werde. Auch solle eine verbesserte OZR-Software zum Einsatz kommen und durch den

Einsatz von KI die Effizienz deutlich gesteigert werden. Diese Maßnahmen sollen zu einer deutlichen Entlastung der Nachbearbeitung und der Beihilfesachbearbeiter beigetragen.

In einigen Bereichen, wie z. B. der Dienstunfallbearbeitung, bestehen weiterhin noch analoge Prozesse. Bezüglich der Digitalisierung werden hier schon Gespräche geführt und Konzepte erstellt. Es gibt aber noch keinen konkreten Zeitplan. Die Prioritäten lägen laut Mayr jedoch klar auf der Beihilfe, da hier der Nutzen am größten sei. Das Projekt Digitale Personalakte soll bis 2030 an allen Ämtern des Freistaates Bayern im Einsatz sein.

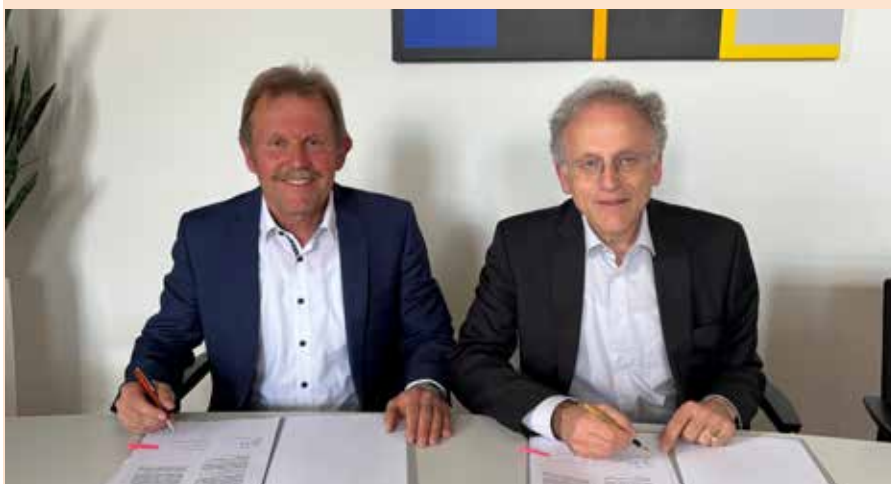
Einsatz von Künstlicher Intelligenz

Die Integration von KI wird künftig verstärkt vorangetrieben und dies nicht nur zur Texterkennung. Auch zur Betrugserkennung in der Beihilfe soll diese zum Einsatz kommen. Erste Bausteine hierzu sind bereits im Einsatz. Ziel ist es ganz klar, Bearbeitungsprozesse zu vereinfachen und Mitarbeiter gezielt zu entlasten. Die Nutzung müsse aber stets mit Augenmaß und unter Einbindung der Personalvertretung erfolgen. Anschließend haben sich die Anwesenden über die geplanten weiteren Entwicklungen des Mitarbeiterservice Bayern ausgetauscht. Insbesondere der Effizienzgewinn durch die Digitalisierung für die Bezügestellen, wie zum Beispiel durch digitale Anträge, wurde erörtert.

Standorte, Perspektiven und Kommunikation

Ein weiterer Schwerpunkt war die Standortentwicklung, insbesondere mit Blick auf Weiden, Kaufbeuren, Regensburg und München. Die Behördenverlagerung verunsichert viele Beschäftigte, was sich auch in vermehrten Abgängen widerspiegelt. Reinkowski versicherte, dass es für alle Beschäftigten eine Perspektive im LfF gebe und auch über 2030 hinaus individuelle Lösungen für alle gefunden werden können. Die Baumaßnahmen an den Standorten Weiden und Kaufbeuren sind im Zeitplan und die Beschäftigten können nach der Fertigstellung als Dienststelle bzw. Bearbeitungsstelle an einem Standort zusammenwachsen.

Telearbeitsmöglichkeiten beim Landesamt für Finanzen werden erweitert



GPR-Vorsitzender Bernhard Lechner und LfF-Präsident Klaus Herzog

Seit März 2022 besteht beim Landesamt für Finanzen (LfF) eine Dienstvereinbarung über Telearbeit. Da damals in einigen Bereichen noch mit Papierakten gearbeitet wurde, war das Arbeiten von zu Hause nur eingeschränkt möglich.

Digitalisierung eröffnet neue Möglichkeiten

In den letzten Jahren wurde sukzessive die digitale Personalakte (DiPA) eingeführt. Mittlerweile läuft die papierlose Bearbeitung in den Bezügestellen nahezu reibungslos. Die alten Papierakten werden immer seltener gebraucht. In den Bereichen Besoldung, Versorgung, Arbeitnehmer und Beihilfe ist Arbeiten im Büro und zu Hause nun gleichermaßen möglich. Auch das Telefonieren über dienstliche Laptops funktioniert dank neuer Telefonanlage ortsunabhängig.

Neue Dienstvereinbarung geschlossen

Mit dem Wegfall technischer Hürden wuchs der Wunsch vieler Beschäftigter nach einem höheren Anteil an Telearbeit. Nach intensiven Verhandlungen zwischen Behördenleitung und Gesamtpersonalrat wurde eine neue Vereinbarung getroffen, die auch vom Finanzministerium und dem Hauptpersonalrat genehmigt wurde. Die Höchstumfangswerte der Telearbeit sind nun in einer Übersichtsliste aller Dienstposten am LfF geregelt.

Quoten werden erweitert

Die langjährig praktizierten Besonderheiten bleiben bestehen:

- Bis zu 90 % Telearbeit bei Leistungs- bzw. Zielvereinbarung, z. B. in Beihilfe und Reisekosten
- Bis zu 80 % im IuK-Bereich bei überwiegender IT-Tätigkeit

Neu sind folgende Regelungen:

- Sachbearbeiter: bis zu 60 % Telearbeit
- Arbeitsgruppenleiter: bis zu 50 %
- Dienststellen-, Abteilungs- und Referatsleiter: bis zu 40 %
- Anwärter: bis zu zwei Tage pro Monat in fortgeschrittenem Ausbildungsstadium

Weitere Regelungen

Der Umfang bemisst sich nach Stunden und kann auch stundenweise (z. B. Vormittag Büro, Nachmittag Homeoffice) erbracht werden. Vorübergehend kann zur Vermeidung unbilliger Härten auch eine Überschreitung der Höchstgrenzen genehmigt werden. Die Arbeitszeit in Telearbeit ist im Zeiterfassungssystem über „Homeoffice Kommen/Gehen“ zu erfassen.

Einige organisatorische Fragen (z. B. Beantragung, Übersichtslisten) sind noch zu klären. Insgesamt ist die neue Dienstvereinbarung eine sinnvolle Weiterentwicklung: Sie erhöht die Flexibilität, erleichtert die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und steigert die Attraktivität des LfF als Arbeitgeber.

...DER NEWSTICKER...

..DER NEWSTICKER.....

Füracker stellt Jahresbericht 2024 vor: Dank an Beschäftigte – Steuerverwaltung erzielt über 140 Milliarden Euro – Strukturoptimierung abgekündigt

Bayerns Finanz- und Heimatminister Albert Füracker hat am 6. Juni 2025 im Nürnberger Dienstsitz des Staatsministeriums den Jahresbericht der Bayerischen Steuerverwaltung für das Jahr 2024 vorgestellt. Im Mittelpunkt standen zentrale Leistungskennzahlen, Fortschritte bei der Digitalisierung und die zukünftige Ausrichtung der Steuerverwaltung im Freistaat.

Nach Angaben des Ministeriums wurden im vergangenen Jahr über die 76 bayerischen Finanzämter mehr als

140 Milliarden Euro an Steuern vereinbart. Den größten Anteil machten Lohnsteuer (59 Mrd. €), Umsatzsteuer (38 Mrd. €) und Einkommensteuer (15 Mrd. €) aus.

Minister Füracker würdigte in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Arbeit der Beschäftigten: „Wir haben eine sehr leistungsfähige Steuerverwaltung. Die bayerische Steuerverwaltung ist Rückgrat und wichtiger Garant unseres Staates.“

Besonderes Augenmerk legte das Finanzministerium auf das Mehr-



„Herr Bundeskanzler, rufen Sie Frau Bas zu Ordnung!“

Mit scharfer Kritik hat der Landesvorsitzende der Bayerischen Finanzgewerkschaft (bfg), Gerhard Wipijewski, auf einen Vorstoß der neuen Bundesarbeitsministerin reagiert. Nur wenige Tage nach Amtsantritt hatte die Ministerin öffentlich Forderungen zu einer grundlegenden Rentenreform erhoben – Forderungen, die in dieser Form nicht Bestandteil des Koalitionsvertrags sind. Für Wipijewski ist das ein politischer Affront – nicht nur gegenüber dem Bundeskanzler, sondern gegenüber dem gesamten Berufsbeamtentum.

In einer Stellungnahme, die die bfg auf ihrer Website veröffentlicht hat, zerlegt Wipijewski sachlich, aber unmissverständlich die Forderungen der Ministerin. Er verweist auf rechtliche, finanzielle und verfassungsrechtliche Hürden, die eine Einbeziehung der Beamtenschaft in die gesetzliche Rentenversicherung unmöglich machen. Zudem warnt er vor den langfristigen Folgen für Staat und Gesellschaft – bis hin zur Abschaffung des Berufsbeamtentums und der Aufkündigung des streikfreien Raums.

Nachfolgend dokumentieren wir den vollständigen Text:

Es ist ein unglaublicher Vorgang: Am 5. Tag der neuen Berliner Koalition erhebt die Arbeitsministerin öffentlichkeitswirksam Forderungen zu einer Rentenreform, die so nicht ansatzweise im Koalitionsvertrag stehen!

Ein Affront gegen den Bundeskanzler!

Und eine Kampfansage an den Deutschen Beamtenbund, alle Beamtinnen und Beamten im Land und alle diejenigen, die den Glauben an eine seriöse Staatspolitik noch nicht ganz aufgegeben haben.

Und damit zu ein paar Tatsachen:

Die Versorgung der Beamtenschaft deckt nach höchstrichterlicher Rechtsprechung die 3 Säulen der Altersversorgung ab: die gesetzliche, die betriebliche und die private Altersversorgung. Ein Vergleich gesetzlicher Altersrente und Pensionen verbietet sich daher – eigentlich!

Ein Vergleich von „Durchschnittswerten“ macht noch weniger Sinn, weil im Rentensystem auch ein großer Anteil Menschen berücksichtigt ist, die nur wenige Beitragsjahre aufzuweisen haben. Das Berufsbeamtentum dagegen ist auf Dauer angelegt, der Anteil der mehr als 40 Jahre Beschäftigten daher viel höher. Und der Anteil von Menschen mit hohem Bildungsabschluss auch!

Eine Einbeziehung der Beamtenschaft in die gesetzliche Altersrente ist verfassungswidrig. – Falls es aus irgendeinem Grund nicht so wäre:

Zusätzlich zur gesetzlichen Rente müssten die Dienstherren also weitere Zahlungen an die Pensionisten leisten, damit verfassungsrechtliche Anforderungen zumindest in der Höhe erfüllt sind.

Die Bruttobezüge der dann gesetzlich versicherten Beamten müssten erhöht werden, damit sie ihre Rentenbeiträge zahlen können – die Beamtenbesoldung ist bisher nämlich unstrittig niedriger bemessen.

Die Dienstherren müssten zusätzlich zu dieser Besoldungserhöhung auch noch regelmäßige Arbeitgeberbeiträge an die Rentenkasse abführen.

Die Dienstherren müssten aber auch zusätzlich die Ruhegehälter zahlen – den Beamtinnen und Beamten, die im Ruhestand sind und denjenigen, die sich entsprechend ihrem Beamtenstatus Versorgungsansprüche erworben haben!

Damit kämen auf den Staat gewaltige zusätzliche Belastungen zu, die Jahr für Jahr hohe Milliardenbeträge ausmachen dürften!

Was wäre der Vorteil?

Die Beamtinnen und Beamten, die damit relativ jung in das Rentensystem kämen, und ihre Dienstherren würden über Jahrzehnte in das System einzahlen, bevor sie selbst daraus eine Altersrente zu erwarten hätten. Bis dahin hätte die Rentenkasse Geld im Überfluss – finanziert durch Aber-Milliarden, die Staat und Dienstherren zusätzlich aufbringen müssten!

Ganz nebenbei wäre das Berufsbeamtentum erledigt und mit ihm vieles, was den öffentlichen Dienst in Deutschland und unseren Staat ausmacht. Auch den streikfreien Raum gäbe es nicht mehr.

Es ist freilich nicht so, dass Frau Bas dieses Thema erfunden hat. Nur haben alle seriösen Befassungen damit in den letzten Jahrzehnten ergeben, dass die Einbeziehung der Beamtenschaft nicht zu einer besseren Nachhaltigkeit der Finanzierung führt; so auch die letzte Rentenkommission der Bundesregierung im Jahr 2020.

Übrigens: Ist ein Bundesminister schon einmal am 7. Tag wieder entlassen worden?

Der Kanzler muss sich jedenfalls überlegen, ob er es sich jetzt vier Jahre lang gefallen lassen will, dass ihm ein Teil seiner Minister auf der Nase herumtanzt!

Die Suche nach den 18 Abtrünnigen jedenfalls kann er einstellen. Frau Bas, die sich mit ihrer Aktion ja die Unterstützung der Linken ihrer Partei bei ihrer Kandidatur um den Co-Parteivorsitz der SPD sichern will, hat den Weg gewiesen ...

gebnis aus Außenprüfung und Steuerfahndung, das sich 2024 auf rund 3,26 Milliarden Euro belief. Die Sonderkommissionen Schwerer Steuerbetrug (SKS) in München und Nürnberg trugen erneut wesentlich zur Bekämpfung schwerer Steuerstraftaten bei.

Füracker hob außerdem die Fortschritte bei der Digitalisierung hervor. Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Einkommensteuererklärungen konnte um knapp eine Woche reduziert werden. Die Nutzung der elektronischen Abgabe über ELSTER liegt bei über 83 Prozent, bei steuerlich Beratenen sogar bei 98 Prozent.

Auch Strukturoptimierungen in der Finanzamtslandschaft wurden im Rahmen der Pressekonferenz als künftiges Thema benannt.

Der vollständige Jahresbericht 2024 ist online abrufbar unter: www.stmfh.bayern.de/steuern/jahresbericht

Die Aufzeichnung der Pressekonferenz ist verfügbar unter: www.youtube.com/user/BayFinanzministerium/live

Konflikte? Lass die andern sich ärgern!

Seminar in Nürnberg

21.07.2025, 14:00 Uhr bis
23.07.2025, 12:30 Uhr

Bei Fragen:
david.dietz@bfg-mail.de



Bayerische
Finanzgewerkschaft



dbb
akademie

www.finanzgewerkschaft.de/app > VERANSTALTUNGEN

WIR GRATULIEREN

90. Geburtstag

Roman Fischer, FA Erlangen

85. Geburtstag

Manfred Fiedler, FA Kaufbeuren; Xaver Denk, FA Straubing

80. Geburtstag

Georg Schönfelder, FA Forchheim; Peter Müller, FA Fürth

75. Geburtstag

Johann Neppi, FA München Abt. I; Wolfgang Pavel, FA Augsburg-Stadt; Manfred Kühnel, FA Starnberg; Annemarie Jaschke, FA Günzburg; Eveline Heeling, FA Regensburg; Gerhard Weidmann, FA Aschaffenburg; Edeltraud Fischer, FA Traunstein; Dominikus Benedikt, FA Garmisch-Partenkirchen; Hannelore Schöfer, FA Straubing; Barbara Buchczyk, FA Bayreuth; Friedrich Werner, FA Nürnberg-Nord; Friedrich Winderl, FA Schwandorf; Werner Netter, FA Donauwörth; Manfred Meyer, FA Hilpoltstein; Anton Seibert, LfSt DSt Nürnberg IuK; Hannelore Glas-Killer, FA Bamberg; Josef Ritzer, FA Passau; Blanka Kuhbandner, FA Bamberg

70. Geburtstag

Ingrid Meir, FA Augsburg-Stadt; Klaus Paa, FA Amberg; Anton Heusinger, FA Regensburg; Christlinda Bauer, FA Bad Neustadt; Maria Paßlack, FA Neu-Ulm; Roswitha Meixner, FA Forchheim; Sebastian Reichhold, FA Ingolstadt; Michael Koller, FA Regensburg; Barbara Geyer, FA Kulmbach; Brigitte Rödel, FA Wunsiedel; Eva Dworschak-Gundel, FA Marktheidenfeld; Josef Hohmann, FA München Abt. III; Ernst Hagen, FA Kronach; Gudrun Tobey, FA Freising; Günter Sommerauer, FA Schwabach; Brigitte Kressirer, FA M Abt. III Bewertungsst.; Anita Karch, FA M Abt. III Bewertungsst.; Joachim Kiock, FA Donauwörth; Rolf Mäuser, FA Schweinfurt; Edgar Hackenberg, FA Ingolstadt; Roswitha Schirner, FA Forchheim; Paul Prengel, FA Neumarkt; Siegfried Stiegler, FA Amberg; Brigitte Mühlbauer, FA Viechtach; Ludwina Batz, FA Kelheim; Bernhard Myzynski, FA Lichtenfels; Karl Heller, FA Memmingen; Manfred Aull, FA Marktheidenfeld; Silvia Weh, LfF DSt Augsburg; Robert Amling, FA Würzburg

65. Geburtstag

Christa Nerreter, FA Schwabach; Michael Reisenwedel, FA Ochsenfurt; Barbara Grünauer, ZFA Nürnberg; Harald Zacherl, FA München Abt. III; Bettina Zacherl, FA München Abt. III; Stefan Schmitter, FA Kempten; Lothar Fiedler, FA Aschaffenburg; Andrea Sauerborn, FA Regensburg; Hiltrud Ehrlicher, FA Ochsenfurt; Heidi Paszuda-Wagner, FA Bamberg; Ingrid Naser, FA Dinkelsbühl; Hubertus Jäger, FA Fürth; Gabriele Ludwig, FA München Abt. III; Jürgen Wedel, LfSt DSt Nürnberg; Wolfgang Körner, FA Waldsassen; Elisabeth Dippold, FA Bamberg; Robert Kobras, FA Hilpoltstein; Gertrud Deboy, FA Aschaffenburg; Hermann Hajek, FA Lohr; Josef Färber, FA Regensburg; Marina Siegel, FA Schweinfurt

Runde Geburtstage im Juni 2025

bfg-Jugend im Gespräch mit Andreas Koch, Vize-Präsident des BayLfSt und Leiter der IuK-Abteilung

Zu einem ausführlichen Austausch traf sich die Landesjugendleitung im Mai mit Andreas Koch (im Bild rechts). Begleitet von Sabine Leidel-Dick, Abteilungsleiterin der Zentralabteilung im BayLfSt (zur linken von Koch) und Diana Tschutschuligin, Referatsleiterin der IuK-Stabstelle (zur rechten von Koch) standen neben dem Kernthema der bfg-Jugend Personalgewinnung und -bindung (hier speziell bezogen auf den IT- und IuK-Bereich) die Themen KI und Chancen der Digitalisierung im Mittelpunkt.

Die Personalwerbung für den IT-Bereich ist im Referat St25 angesiedelt. IT-Fachkräfte zu werben ist anders als Finanzbeamte zu gewinnen, da die Zielgruppe eine andere ist. Durch die Kompetenz im Nachwuchsgewinnungsreferat ist dies gut umgesetzt. Ein Fokus wird weiterhin auf Einstellungen externer Fachkräfte gelegt. Koch machte deutlich, dass in Hinblick auf die Unterbesetzung in den Finanzämtern ein Abwerben von ausgebildeten Finanzbeamten in den IuK-Bereich nicht immer vertretbar sei, vor allem wenn die Stelle mit einem „reinen IT’ler“ auch besetzt werden kann.

„Verwaltungsinformatiker sind eine hochdynamische Ergänzung für den IuK-Bereich“

Über den Stellenwert der Kolleginnen und Kollegen war man sich einig, deshalb muss es auch im Interesse der ganzen Finanzverwaltung sein, hier qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu halten. Personalabgänge in die freie Wirtschaft oder bspw. in Kommunen sind – anders als im Finanzbereich – zum Glück eher die Seltenheit.

An Attraktivität könnte der Studiengang gewinnen, wenn man den ITEinstellungstest nicht nur zentral in Hof stattfinden lasse. Hier erhofft man sich durch die digitale Erneue-

rung des LPA-Verfahrens eine Auswirkung auf den IT-Test. Auch ein Erasmus-Programm wurde vorgeschlagen. Koch fand die Idee für die Attraktivität gut, hatte jedoch bei der Umsetzung seine Zweifel.

Verwaltungsinformatiker mit Masterstudium könnten sich nach Abschluss auf freie Stellen der QE 4 bewerben. Die Bewerbung und Einstellung erfolgt hier genau wie alle anderen der QE 4 über das StMFH. Eine Übernahmegarantie für die Masterstudenten in die QE 4 gibt es nicht.

Eine Übernahmegarantie gibt es jedoch für Studierende, die sich ihren Studienort selbst aussuchen dürfen. Dieses Studium wurde neu geschaffen und der erste Student beginnt im September. Eine detaillierte Werbestrategie wird hierzu gerade erarbeitet.

Auch für die neue Ausbildung zum Fachinformatiker für Anwendungsentwicklung wurden letztes Jahr zwei Personen eingestellt, dieses Jahr will man mit fünf Personen planen.

Im Mai startete auch IKONOS an den Pilotämtern Bayreuth und Ingolstadt. Die erste Phase verlief durchwegs positiv. Es wird noch an der Stabilität gearbeitet „und erst wenn es dort läuft, werden die nächsten Dienststellen mit eingebunden“, führ-

te Koch aus.

Koch sieht die große Aufgabe darin, dass die Herausforderung des weniger werdenden Personals insbesondere durch die Chancen der Digitalisierung und KI aufgefangen werden muss! Ein Ansatz wäre, die Steuer-Gesetzgebung entsprechend zu gestalten. Sein Ziel für die nächsten Jahre ist nicht nur, Projekte zu stemmen, die den Stand der Technik widerspiegeln, sondern tatsächlich Entlastung für die Beschäftigten zu erreichen. Großes Potenzial sieht er vor allem bei der Erhöhung der Autofall-Quote in der Veranlagung. Aber auch KI-basierte Projekte mit großen Datenmengen im Bereich der Außendienste sollen angestoßen werden.

Landesjugendleiter Stefan Bloch merkte an, dass KI ein Hilfsmittel sein soll, es soll unterstützen und Zeitersparnis bringen. Und er gab klar zu bedenken: Wenn einfache Aufgaben wegfallen und nur noch die anspruchsvolle Tätigkeit übrigbleibt und das bei weniger werdendem Personal, führt dies wiederum zu einer Arbeitsverdichtung und zu keiner Entlastung. Wichtig sei es, die Beschäftigten an KI heranzuführen. Die Akzeptanz für KI und die Verlässlichkeit ist wichtig, damit die Produkte dann auch rege genutzt werden.



Die bfg-Landesjugendleitung mit LfSt-Vize-Präsident Andreas Koch (Mitte links) und Leiterin der IT-Stabstelle Diana Tschutschuligin (vorne rechts).

Ortsjugendleiterschulung der bfg-Jugend Nordbayern – wieder im gewohnten Rhythmus

Thema Nachwuchs- werbung weiter einer der wichtigsten Punkte in der Finanzverwaltung

Die Ortsjugendleiter und -leiterinnen konnten wieder wie gewohnt im Mai zur dreitägigen Schulung in Bad Windsheim begrüßt werden. Zu Beginn berichtete Bezirksjugendleiterin Barbara Lindl über die Arbeit der Bezirksjugendleitung. Für die neuen Teilnehmer wurde der Aufbau der Gewerkschaften samt Dachverbände gezeigt, der Unterschied zur Jugendvertretung deutlich gemacht und man ging auf alle Aufgaben einer Ortsjugendleitung ein, die zur Gewerkschaftstätigkeit an den Dienststellen gehört. Auch die neue Ortsjugendleiterhilfe wurde vorgestellt, die bald an die Ortsjugendleitungen verteilt wird. Für den Bezirkspersonalrat und die Bezirksleitung Nordbayern berichtete Katharina Hacker mit vielen neuen Infos zu den Themen Strukturreform, Einstellungszahlen, die immer größere Unterbesetzung und IKONOS. Laura Rottmann zeigte Einblicke in die Arbeit der Beihilfestelle. Sie erläuterte den Beihilfeantrag, welche Kosten erstattet werden können und vieles mehr. Im Anschluss daran konnte Johannes Gutekunst (Debeka) gleich die Seite der Krankenversicherungen vorstellen. Er knüpfte an den Vortrag an und zeigte, was für Kosten von Versicherungsseite getragen werden und wie deren Stellung im Krankensystem ist.

Arbeitgebermarke #meinweil vorgestellt

Stephanie Zuleger, Referatsleiterin St 25 im BayLfSt welches u. a. für Nachwuchsgewinnung und Personalmarketing zuständig ist, berichtete über die aktuellen Maßnahmen zur Nachwuchsgewinnung. Es wurde die neue Werbestrategie und Dachmarke #meinweil vorgestellt, die neue Ausstattung für den Besuch von Messen und der Zeitplan für Werbung auf Social Media. Ideen für Werbemaßnahmen wurden gemeinsam mit den Teilnehmern diskutiert.



Stephanie Zuleger und Barbara Lindl

Außerdem berichteten Eva Braun aus der HJAV, Janet Höfling von der BJL Südbayern, Nina Gürster online von der dbbj bayern, Barbara Lindl von der DSTG-Jugend und Stefan Bloch von der bfg-Landesjugendleitung ausführlich über ihre jeweiligen Aufgaben.

Timo Jakob (stellv. Vorsitzender BJA Nordbayern) informierte zu Beginn des letzten Schulungstages über die aktuelle Lage an der LFS Bayern. Einer seiner Schwerpunkte lag bei der Mensa und der Verpflegung vor Ort. Besonders besorgt sei man aber über die angedachte Abschaffung der Bustransfers von der LFS zu den ausgelagerten Unterbringungen. Die BJA wird hierzu intensiv das Gespräch mit der LFS suchen. Die Schulung ist bei allen gut angekommen, die Teilnehmer haben viele wertvolle Infos für die Gewerkschaftsarbeit erhalten und können nun motiviert ihre Arbeit vor Ort beginnen.



OJL Schulung Nordbayern, Mai 2025

Fazit der Bezirksjugendleitung Nordbayern: „Es war uns eine Freude, die Schulung für euch halten zu dürfen. Wir freuen uns auf die nächsten Schulungen mit euch und hoffentlich mit vielen neuen Ortsjugendleitern!“

Ortsverband beim Finanzamt Dillingen

Mitgliederehrungen und Neuwahl der bfg-Vorstandschaft

In den Räumlichkeiten des Dillinger Schlosses fand die Ortsverbandsversammlung statt, an der erfreulicherweise aktive sowie pensionierte Kolleginnen und Kollegen teilnahmen. Auf der Tagesordnung standen Neuwahlen und Mitgliederehrungen. Nach jahrelanger gleichbleibender Vorstandschaft, die sich jedoch aufgrund personeller Veränderungen immer weiter ausgedünnt hatte, war es nötig, „frischen Wind“ in den Ortsverband zu bringen.

Der Vorsitzende Rainer Regensburger hielt einen ausführlichen Bericht über die vergangenen Aktivitäten des Ortsverbandes und die Herausforderungen der Ortsverbandsarbeit.

Im Anschluss fanden die Neuwahlen statt, bei denen die neue bfg-Vorstandschaft gewählt wurde. Diese besteht künftig aus Rainer Regensburger (Vorsitzender), Meike Kleiber (stellv. Vorsitzende), Eva Zangl (Schriftführerin) und Leonie Matthiesen (Kassierin). Die Vorstandschaft wird durch die Beisitzer Veronika Augenstein und Helena Wagner ergänzt.

Ein weiterer wichtiger Teil der Versammlung war die Ehrung langjähri-



Der neugewählte Vorstand (v.l.n.r. Helena Wagner, Veronika Augenstein, Rainer Regensburger, Meike Kleiber, Eva Zangl, Leonie Matthiesen) ehrt Isolde Saur für 50 Jahre bfg.

ger Mitglieder. Für 60 Jahre Mitgliedschaft waren Werner Tögel, Gerhard Wirth, Bernd Öhlschläger und Gerhard Rehbein zu ehren.

Zur 50-jährigen Mitgliedschaft gab es für Werner Braun, Rudolf Schuldes, Ingeborg Jaworski, Ingrid Heinle, Isolde Saur, Franz Kotter und Werner Kerle Auszeichnungen. Zudem erhielt

Maria Hafke für ihre Treue von 25 Jahren die silberne Nadel und die Urkunde.

Die Ehrungen der Kolleginnen und Kollegen, die nicht anwesend waren, werden zeitnah nachgeholt. Rainer Regensburger freut sich auf die künftige Zusammenarbeit mit dem neuen Team.

Ortsverband beim Finanzamt Memmingen

Stadtführung in Memmingen



Die Vorsitzende des Ortsverbandes Jenny Marz (vorne 3. v.r.) und ihre Stellvertreterin Renate Minkus (vorne 4. v.r.) mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Ende April nahmen interessierte Kolleginnen und Kollegen die Gelegenheit wahr, mehr über die Stadt Memmingen zu erfahren. Eine sympathische Stadtführerin zeigte bekannte und weniger bekannte Plätze und Gassen der Stadt. Die kurzweilige Führung war mit allerhand An-

ekdoten gespickt, begleitet von den Kommentaren der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wie „Spannend, das wusste ich bisher noch nicht!“ oder „Hier war ich ja noch nie!“. Viel zu schnell war die Führung vorbei. Den Abend ließen alle gemeinsam ausklingen.

Ortsverband beim Finanzamt München Abteilung VI

Bearbeitungsstelle Dillingen



Der Ortsvorsitzende Robert Guffler (im Bild rechts) und Bearbeitungsstellenleiter Winfried Gerstmayr verabschieden Ulrike Kerle mit einem kleinen Präsent in bfg-orange in den wohlverdienten Ruhestand.

Ortsverband beim FA Kempten

Mit Freude, aber auch mit Wehmut: Abschied von langjährigen Vorstandsmitgliedern

Die jährliche Ortsverbandsversammlung fand im Sitzungssaal des Finanzamts Kempten statt. Neben der Auszeichnung langjähriger Mitglieder für ihre Treue und dem ehrenden Gedenken der Verstorbenen war die Versammlung vor allem von gleich drei Abschieden in der Vorstandschaft emotional geprägt. Die Mitglieder wurden gleich zu Beginn der Veranstaltung mit warmem Leberkäs und Getränken empfangen und konnten sich stärken. Dann berichteten die Ortsvorsitzende Petra Brecheisen und ihre Stellvertreterin Natalie Riedmüller über die vergangenen Veranstaltungen. Unter anderem wurden die Mitglieder zu Weihnachten mit einem besonderen Geschenk überrascht: ein hochwertiges Victorinox Tomatenmesser (natürlich bfg-typisch mit orangenen Griff). Auch das mittlerweile traditionelle Bowlingturnier der Allgäuer Finanzämter Kempten/Memmingen/Kaufbeuren und deren Außenstellen wurde wieder mit großer Begeisterung organisiert. Damit es im Ortsverband nicht langweilig wird, wurden danach Ausblicke auf künftige Veranstaltungen gegeben. Besonders freudig erwartet wurde Birgit Fuchs als Vorsitzende des bfg-Bezirksverbandes Südbayern. Sie berichtete in ihrem Vortrag unter anderem über die weiterhin angespannte Personallage sowie den Aufgabenzuwachs und schilderte aus ihrer Sicht die Herausforderungen durch aktuelle und geplante organisatorische Maßnahmen. „Jede organisatorische Veränderung bedeutet Aufwand und deshalb muss sie einen tatsächlichen Mehrwert für die Kolleginnen und Kollegen bringen!“, betonte Birgit Fuchs. Erfreulich waren die Ehrungen für langjährige Mitgliedschaft: Birgit Hörtrich für 25 Jahre, Hermann Bietsch für 60 Jahre und Hubert Knobelspies sogar für 70 Jahre bfg. Da die zu ehrenden Kolleginnen und Kollegen verhindert waren, werden die Ehrungen nachgeholt. Am Schluss standen leider Verabschiedungen. Pensionsbedingt verlassen Petra Brecheisen (Vorsitzende) und Christine Güntner (Schriftführerin) die Vorstandschaft. Beide wurden für ihre jahrelange und tolle Arbeit von Natalie Riedmüller mit einem Blumenstrauß und einem kleinen Präsent geehrt. Beide gehen



v.l.n.r.: Natalie Riedmüller, Petra Brecheisen, Birgit Fuchs, Christine Güntner und Tanja Thanner

mit einem lachendem und einem weinenden Auge, bleiben der bfg aber selbstverständlich auch nach der aktiven Zeit treu! In ihren Dankesworten an die Ortsvorsitzende hob Birgit Fuchs deren jahrzehntelangen, außergewöhnlichen Einsatz für die Kolleginnen und Kollegen in ihrer Funktion als Personalrätin und als Funktionsträgerin im Ortsverband hervor, zuletzt als Vorsitzende beider Gremien. Birgit Fuchs betonte die ziel- und lösungsorientierte Arbeitsweise von Petra Brecheisen mit der für sie typischen freundlichen, humorvollen Art, die

ihr mit Sicherheit sehr fehlen werde. Ebenfalls verabschiedet wurde Tanja Thanner (Kassierin), die in ihrem Amt aufgrund bevorstehender Elternzeit pausiert. In freudiger Erwartung auf baldigen Nachwuchs wird sie sich neuen, spannenden Aufgaben widmen. Auch ihr wurde für die immer zuverlässige engagierte Arbeit gedankt und alles Gute gewünscht. Bis zu den nächsten Vorstandswahlen in 2026 werden die Ämter kommissarisch von der verbliebenen Vorstandschaft geführt.



Im Mai 2025 lud der Ortsverband Amberg zum alljährlichen Bowlingturnier – und zahlreiche Mitglieder folgten der Einladung. Austragungsort war erneut die beliebte Anlage „Space Bowl“, die seit Kurzem unter neuem Namen firmiert, aber nichts von ihrem Charme eingebüßt hat.

In entspannter Atmosphäre rollten über zwei Stunden hinweg die Kugeln, es wurde geplaudert, gelacht – und natürlich auch der ein oder andere Strike erzielt. Der sportliche Ehrgeiz kam dabei nicht zu kurz.

Unangefochtener Sieger des Abends war einmal mehr Benjamin Winkler, der sich mit beeindruckendem Vorsprung an die Spitze spielte und seinen Ruf als „Seriengewinner“ einmal mehr untermauerte. Doch auch die übrigen Teilnehmenden zeigten durchweg starke Leistungen und sorgten für ein rundum gelungenes Turnier.

Den Abschluss bildete eine kleine Siegerehrung, bei der die besten drei Spieler mit Preisen ausgezeichnet wurden. Ein gelungener Abend, der neben sportlichem Wettbewerb vor allem eines bot: Gemeinschaft, gute Gespräche und jede Menge Spaß.

Ortsverband beim Finanzamt Erding Neuwahlen und Verabschiedung

Nach einer längeren Übergangszeit, in der die bfg-Vertretung kommissarisch durch Gerhard Grill übernommen worden war, wurde im Rahmen einer Ortsverbandsversammlung ein neuer Vorstand gewählt.

Zukünftig wird Aileen Flügel den Vorsitz übernehmen und Gerhard Grill die Funktion des Vertreters wahrnehmen. Bezirksvorsitzende Birgit Fuchs bedankte sich nach ihrem Bericht zu aktuellen gewerkschaftlichen Themen bei der bisherigen Orts- und Personalratsvorsitzenden Veronika Meindl, die an eine andere Dienststelle wechseln wird, für ihren Einsatz vor Ort.

Sie hob das besondere Engagement für die Kolleginnen und Kollegen hervor, ebenso wie das regelmäßige Einbringen von guten, konstruktiven Vorschlägen – auch in der Personal-



v.l.n.r.: Veronika Meindl, Aileen Flügel, Gerhard Grill und Birgit Fuchs

ratsarbeit. Das habe sie stets sehr geschätzt, so Birgit Fuchs. Dem neugewählten Vorstand wünschte sie al-

les Gute für die neuen Aufgaben und bot ihre Unterstützung an.

Ortsverband Finanzamt Zeil am Main Gemeinsame Ortsverbandsversammlung



Bezirksvorsitzenden Thomas Wagner gemeinsam mit den neu- und wiedergewählten Ortsvorständen von Zeil am Main und Ebern.

Nach gegrillten fränkischen Bratwürsten informierte Bezirksvorsitzender Thomas Wagner die Mitglieder der Ortsverbände beim Finanzamt Zeil am Main und der Außenstelle Ebern über die aktuelle Arbeit der bfg. Auch Neuwahlen standen auf der Tagesordnung.

Beim Ortsverband Zeil wurde Patrick Mitlöhner als Ortsvorsitzender

wiedergewählt. Zur stellvertretenden Vorsitzenden wurde Eva Oberhüttlinger gewählt. Die Jugend wird im Vorstand weiterhin von Ortsjugendleiterin Luisa Stirzel vertreten.

Zur Vorsitzenden des Ortsverbands an der Außenstelle Ebern wurde Anna Reich gewählt. Ihr zur Seite steht Jonas Krauser als stellvertretender Vorsitzender.



Alfred Linke: 90. Geburtstag

Zusammen das neue Lebensjahrzehnt einläuten – so gestaltete Alfred Linke, Mitglied des bfg-Ortsverbandes beim Finanzamt Rosenheim, die Einladung zu seinem 90. Geburtstag. Die Bezirksvorsitzende Birgit Fuchs und ihre Stellvertreterin Waltraud Schwaiger kamen der Einladung zu diesem besonderen Geburtstag sehr gerne nach. Was hält Dich so jung und fit? Das fragte Birgit Fuchs in ihrer kurzen Rede den Jubilar und gab selbst die Antwort! Der ungebrochene Einsatz, gemeinsame Veranstaltungen für die Kolleginnen und Kollegen mit zu organisieren, auch wenn oft viel Überzeugungsarbeit zur Teilnahme zu leisten ist. Sie bedankte sich ganz besonders für beeindruckende 65 Jahre bfg-Mitgliedschaft und wünschte Alfred Linke noch viele Jahre bester Gesundheit. „Wir läuten auch noch das nächste Jahrzehnt mit Dir ein!“, so Birgit Fuchs abschließend.

Ortsverband Finanzamt Erlangen Aktuelle Informationen und Ehrungen

Bei der bfg-Ortsverbandsversammlung am Finanzamt Erlangen konnte Ortsvorsitzende Birgit Güßregen zahlreiche Mitglieder sowie Amtsleiter Dietmar Daubitz in der Kantine des Finanzamts begrüßen.

Auch Bezirksvorsitzender Thomas Wagner war mit dabei, um die Kolleginnen und Kollegen aus erster Hand zu informieren.

Doch zuvor standen nach dem Rechenschaftsbericht der Ortsvorsitzenden und dem Kassenbericht von Klaus Nowak Mitgliederehrungen im 245 Mitglieder starken Ortsverband auf dem Programm. Thomas Wagner und Birgit Güßregen konnten dabei Philipp Becker und Georg Kreller für 25 Jahre und Franz Noppenberger für 50 Jahre in der bfg ehren.

Bezirksvorsitzender Thomas Wagner ging in seinen Ausführungen auch auf die von Finanzminister Albert Füracker angekündigte Struktur-optimierung der bayerischen Finanzämter ein. Eine Reform könne nur dann gelingen, so Wagner, wenn sie



Ortsvorsitzende Güßregen und Bezirksvorsitzender Wagner mit den für langjährige Mitgliedschaft geehrten Mitgliedern.

sich an klaren Leitplanken orientiere: „Standorterhalt und echte Verbesserungen bei der Arbeitssituation – das sind unsere Maßstäbe. Dazu braucht es moderne IT, echte Flexibilität vor

Ort und vor allem: keine Monostrukturen, die Ausbildung und Personalentwicklung gefährden und neue Beförderungsperspektiven“.

Ortsverband Finanzamt Forchheim Neuwahlen beim bfg-Ortsverband Forchheim

Bei der bfg-Ortsverbandsversammlung am Finanzamt Forchheim wurde Marco Parisi zum neuen Vorsitzenden gewählt. Er tritt die Nachfolge von Jana Denner an, die inzwischen am Finanzamt Nürnberg-Süd tätig ist. Unter den Gästen waren auch Amtsleiter Dr. Stefan Maier und Bezirksvorsitzender Thomas Wagner.

Thomas Wagner dankte Jana Denner für ihr engagiertes Wirken als Ortsvorsitzende in Forchheim und äußerte die Hoffnung, dass sie sich auch an ihrem neuen Dienstort weiterhin gewerkschaftlich einbringt. Marco Parisi, der in geheimer Wahl einstimmig gewählt wurde, sicherte Wagner die volle Unterstützung des Bezirksverbands zu. Er zeigte sich erfreut darüber, dass der Wechsel an der Spitze vom Ortsvorstand umsichtig vorbereitet und reibungslos umgesetzt worden sei.

In seinem gewerkschaftspolitischen Bericht ging Wagner auf aktuelle Entwicklungen ein. Neben Fragen der Einkommens- und Ta-



Die bisherige Ortsvorsitzende Jana Denner wurde mit Dank und Blumenstrauß an ihr neues Finanzamt verabschiedet. Neuer Vorsitzender ist Marco Parisi.

rifpolitik setzte er einen deutlichen Schwerpunkt auf die angespannte Arbeits- und Personalsituation in den

bayerischen Finanzämtern sowie auf die vom Finanzminister angekündigte Strukturoptimierung.

Ortsverband der BAST Obernburg

Neuwahlen beim Ortsverband der BAST Obernburg

Gabriele Dindorf eröffnet die Ortsverbandsversammlung an der Bearbeitungsstelle Obernburg mit wichtigen Worten für die Gewerkschaftsarbeit und betont, dass sich gewerkschaftliches Engagement immer auszahlt und es wichtig ist, dass es diese starke Stimme gibt. Besonders wertschätzend ist, dass fast alle Mitglieder des Ortsverbandes anwesend waren. Im Anschluss berichtet Katharina Hacker als stellvertretende Vorsitzende der Bezirksleitung Nordbayern kurz aus den aktuellen Themen. Als Bearbeitungsstelle des Finanzamtes Nürnberg-Nord war auch hier die angekündigte Strukturoptimierung ein gewichtiges Thema. Daneben ging es noch um die Ausbildung und Nachwuchsgewinnung. Hierbei lag der Fokus auf der 2. QE, da an der Bearbeitungsstelle



Die stv. Bezirksvorsitzende Hacker gratuliert Gabriele Dindorf und Sascha Fäser zur Wahl.

überwiegend die ÜVSt vor Ort ist. Als letzten Tagesordnungspunkt wurden noch Neuwahlen durchgeführt. Die amtierende Vorsitzende Gabriele Dindorf wurde in einer geheimen

Wahl einstimmig in ihrem Amt bestätigt. Als ihr Stellvertreter stellte sich Sascha Fäser zur Wahl und wurde mit eigenen Enthaltung ebenfalls einstimmig gewählt.



Bei der bfg-Ortsverbandsversammlung am Finanzamt Hersbruck ehrten Ortsvorsitzender Martin Stauber und Bezirksvorsitzender Thomas Wagner Kollegen Dieter Zielke für 60 Jahre Mitgliedschaft in der bfg. Zuvor hatte Thomas Wagner die Kolleginnen und Kollegen über aktuelle Themen informiert. Auch für eine Stärkung hatten Martin Stauber, Carola Melchner und ihr Team gesorgt.

Ortsverbände Kaufbeuren, Kempten, Memmingen und Mindelheim Bowlingturnier hat Tradition



v.l.n.r.: stellv. Vorsitzende des OV Kempten, Natalie Riedmüller mit den Gewinnern der Einzelwertung Diana Schulze, Marcel Haslach und Stefan Herrmann sowie der Vorsitzenden des OV Kaufbeuren, Raphaela Hefe

Es ist mittlerweile schon Tradition geworden, dass im Frühjahr ein Bowlingturnier im Bowlingcenter Kempten stattfindet.

Dieses Jahr waren neun Mannschaften mit 50 Kolleginnen und Kollegen aus den Dienststellen Kaufbeuren, Kempten, Memmingen und Mindelheim vertreten.

Die meisten Teilnehmer mit vier Mannschaften und 24 Teilnehmern kamen aus Kaufbeuren. Es wurden

zwei Durchgänge gespielt und gewertet wurde der beste Durchgang. Gewonnen in der Einzelwertung mit 235 Pins hat Stefan Herrmann vor Marcel Haslach mit 169 Pins und Diana Schulze mit 157. In der Mannschaftswertung konnte Kempten souverän den Wanderpokal mit 617 Pins verteidigen. Den zweiten Platz hat das Team Kaufbeuren 2 mit 534 Pins errungen. Den Bronzeplatz erreichte das Team Mindelheim mit 458 Pins.

FAQs – kurz und knapp



Pflege Teil 2: Häusliche Pflege

Viele Menschen möchten, auch wenn sie Hilfe im täglichen Leben benötigen, weiterhin in ihrem gewohnten Umfeld leben. Oft übernehmen diese Aufgaben nahe Angehörige und/oder ein ambulanter Pflegedienst. Doch welche Kosten sind davon beihilfefähig?

Höchstbeträge der Pflegekraft § 32 Abs. 1 BayBhV

Für die ambulante oder die Teilstationäre Pflege sind im § 32 Abs. 1 BayBhV die Höchstbeträge nach den einzelnen Pflegegraden gestaffelt festgelegt. Die häusliche Pflege umfasst körperbezogene Pflegemaßnahmen, pflegerische Betreuungsmaßnahmen, Hilfen bei der Haushaltsführung (Mobilität, Selbstversorgung, krankheits- oder therapiebedingte Anforderungen, Gestaltung des Alltagslebens und soziale Kontakte) und die pflegefachliche Anleitung von Pflegebedürftigen und Pflegepersonen. Die Kosten, und damit auch der Betrag, der den Höchstsatz übersteigt, hängen stark davon ab, wie oft der Pflegedienst in Anspruch genommen wird.

Geeignete Pflegekräfte sind Personen, die bei ambulanten Pflegeeinrichtungen (Pflegedienste) oder die bei einer Pflegekasse angestellt sind, von der privaten Pflegeversicherung zugelassen sind oder mit der Pflegekasse einen Einzelvertrag geschlossen haben.

Höchstbetrag für andere Personen § 32 Abs. 2 BayBhV

Hier spricht man von einer sogenannten Pauschalbeihilfe als Synonym für das Pflegegeld. Andere geeignete Personen können etwa Angehörige, Lebenspartner(in), ehrenamtliche Pflegepersonen aber auch von der pflegebedürftigen Person angestellte Pflegepersonen (insbesondere ausländische 24-Stundenpflege) sein.

Pflegegeld aus einer privaten oder gesetzlichen Pflegeversicherung sowie entsprechende Leistungen aufgrund sonstiger Rechtsvorschriften sind auf die Pauschalbeihilfe anzurechnen. Für Personen, die nicht gegen das Risiko einer Pflegebedürftigkeit versichert sind, wird die Pauschalbeihilfe nur zur Hälfte gewährt (§ 32 Abs. 2 S.5 BayBhV).

Grundsätzlich wird die Pauschalbeihilfe nur für die Tage gezahlt, an denen auch tatsächlich gepflegt wird. Es gibt Ausnahmen, in denen z.B. bei einem Krankenhausaufenthalt, Reha, Kurzzeitpflege oder bei einer Verhinderungspflege bis zu einer gewissen Wochenzahl die Pauschalbeihilfe voll oder anteilig weitergewährt wird.

Auch möglich ist eine Kombinationspflege. Sofern der Anspruch auf Pflegesachleistung durch die ambulante Pflege nur teilweise in Anspruch genommen wird, kann der restliche Anspruch auf anteilige Pauschalbeihilfe (Pflegegeld) geltend gemacht werden.

Die pflegebedingten Kosten einer teilstationären Tages- oder Nachtpflege sind neben einer ambulanten Pflege beihilfefähig. Damit ist der Höchstsatz nach § 32 Abs.1 BayBhV einmal für die pflegebedingten Kosten des Pflegedienstes und zusätzlich einmal für die Kosten der teilstationären Tagespflege inklusive der Beförderungskosten beihilfefähig. Die meisten teilstationären Tagespflegeeinrichtungen haben einen eigenen Fahrdienst und die Fahrtkosten halten sich im Rahmen.

Etwaige Kosten für Unterkunft, Verpflegung und Investitionskosten im Rahmen der Tages- oder Nachtpflege können über den Entlastungsbetrag abgerechnet werden.

Die tatsächliche häusliche Pflege wird durch die Firma Medicproof in regelmäßigen Abständen überprüft.

Ortsverband beim Finanzamt Regensburg

Landesvorsitzender Wipijewski beim mitgliederstärksten Ortsverband

Martina Sixt konnte bei der Ortsverbandsversammlung rund 90 Mitglieder und Gäste begrüßen. Neben dem Landesvorsitzenden Gerhard Wipijewski hieß sie den ehemaligen Amtsleiter und bfg-Justitiar Norbert Reichel willkommen. Amtsleiter Engelhardt richtete ein Grußwort an die Versammlung und lobte das Engagement der bfg.

Mit einem Überblick über die Mitgliederentwicklung stieg die Ortsvorsitzende in ihren Bericht ein. Mit vielen Neuwerbungen konnten die Austritte, die überwiegend durch Ausscheiden aus der Finanzverwaltung entstehen, aufgefangen werden. So bleibt der OV weiterhin mit 515 Mitgliedern der größte in Bayern. Bei der Arbeit im Ortsverband steht für Sixt die Beratung der Mitglieder und die Versorgung mit aktuellen Informationen im Vordergrund. So erfreut sich die gedruckte Zeitung gerade in Zeiten der Digitalisierung noch größter Beliebtheit. Das „Dienstrecht To go“ bietet einen großen Mehrwert für alle. Sixt hob aber auch die „Seite 3“ hervor, auf der der Vorsitzende Wipijewski immer aktuelle politische und gesellschaftliche Themen messerscharf analysiert. Weitere Informationen erhalten die Mitglieder über die bfg-App, die Homepage oder OV-Rundmails. Auch der Rechtsschutz wurde im Berichtsjahr wieder von Mitgliedern des OV in Anspruch genommen. Vorstandssitzungen dienten zur Planung von Aktionen und zum Austausch über aktuelle Themen.

Die Vernetzung in gewerkschaftlichen Gremien zeigte Sixt auch als große Stärke des OV auf. Mit der Bezirksjugendleiterin Barbara Lindl und ihr als Mitglied der Bezirksleitung sowie Andreas Holzer und Johannes Bäumler ist Regensburg gut im bfg-Landesvorstand vertreten. Auch mit Freizeitveranstaltungen möchte die bfg den Zusammenhalt stärken. So ist die Teilnahme am Bayernturnier jedes Jahr obligatorisch. Im Advent wurde eine Lichterfahrt über den Münchner Flughafen veranstaltet. Auch die



Ortsvorsitzende Martina Sixt und Landesvorsitzender Gerhard Wipijewski mit den geehrten Mitgliedern des bfg-Ortsverbandes Regensburg.

bfg-Jugend ist in Regensburg sehr aktiv, veranstaltete wieder das Bergfest und organisierte Aktivitäten für Anwärterinnen und Anwärter. Gesellschaftlich und politisch weht aktuell ein rauer Wind, den besonders auch der öffentliche Dienst zu spüren bekommt. „Steuerbeamte haben außer der bfg überhaupt keine Lobby“. Umso bemerkenswerter ist es, dass die bfg eine große Bekanntheit erreicht hat und als ernsthafter Gesprächspartner wahrgenommen wird. Dies sei insbesondere dem Vorsitzenden zu verdanken, der unermüdlich im Austausch mit Verwaltung und Politik ist, so Sixt.

In seiner Rede vermittelte Gerhard Wipijewski anschaulich, mit welchen großengewerkschaftlichen Herausforderungen wir aktuell konfrontiert sind. Der Personalbestand schwindet stetig, keineswegs aber der Arbeitsanfall. Deswegen mutet es doch sehr befremdlich an, dass Söder einen Stellenabbau von 5.000 Stellen bis 2030 fordert. Da Sicherheit und Bildung ausgenommen sind, wird davon ein großer Teil auf die Finanzverwaltung entfallen. Realistisch betrachtet wird es vermutlich ein Rechenexempel bleiben, denn schon jetzt sind zahlreiche Stellen unbesetzt. Bei der Werbung um Nachwuchskräfte dürfen wir nicht nachlassen. Daher ist die Kampagne „Sei daBay“, das Zweite-Chance-Verfahren und die Modernisierung des LPA-Verfahrens zu begrüßen, so Wipijewski. Aber auch um Personal zu halten, muss der Arbeitgeber öffentlicher Dienst attraktiv bleiben! Mit großen

Anstrengungen ist es gelungen, nicht nur für den Bildungsbereich, sondern auch die übrigen Ressorts Stellenhebungen zu erreichen. Wipijewski urteilt aufs Schärfste die massiven Angriffe auf die Versorgung, ausgelöst durch die Forderung von Ministerin Bas, Beamtinnen und Beamten sollten in die gesetzliche Rente einzahlen. Dabei hinken alle Vergleiche von „Durchschnittsrenten und -pensionen“. Das Rentensystem krankt und wird massiv steuerlich bezuschusst. Mehr Zähler und dann auch mehr Empfänger können dieses Problem nicht lösen. Schließlich informierte der Vorsitzende über die vom Finanzministerium geplante Strukturreform der Finanzämter. Um auch bei sinkendem Personalstand die Ämter arbeitsfähig zu halten, soll durch größere Einheiten mehr Flexibilität erreicht werden. Derzeit laufen die Planungen für die Region Mittelfranken. Die bfg hat zeitnah das Gespräch mit dem Minister gesucht und bringt sich ein, damit für die Beschäftigten keine Nachteile entstehen. Die Veränderungen müssen sinnvoll sein und vor allem muss die notwendige technische Ausstattung vorhanden sein.

Mit den Ehrungen für langjährige Mitgliedschaften wurde die Veranstaltung abgerundet. Ausgezeichnet wurden Petra Bauer, Christian Otter, Thomas Staudt (25 Jahre), Marita Heininger, Rudolf Röhl (40 Jahre), Christine Rödl, Friedrich Thalhofer (50 Jahre), Gabriele Berger, Brigitte Eckl, Rainer Graßl, Ludwig Hnevkovsky, Franz Landsberger und Paul Stegerer (60 Jahre).